

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Einzelhefte in der Post-Verwaltung: Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

# Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Lehrredakteur: Amt I. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 15. August 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Das Frankfurter Steuerbouquet.

Der verhängnisvolle Kongress der deutschen Steuerkünstler hat stattgefunden und — der Präsident dieser uns so theueren Gesellschaft packt schon seine Koffer, um den Auszug aus der Amtswohnung des Staatssekretariats der Finanzen zu bewerkstelligen. Aber bloß ein Personenwechsel findet statt, am System wird nichts geändert, ja trotz des Abganges dieses parlamentarischen, aus der Reichspartei hervorgegangenen Staatssekretärs wird das bismarckische Finanzsystem, das die wirtschaftlich Starken bereichert und auf die wirtschaftlich Schwächsten die Lasten wälzt, unter seinem Nachfolger bloß verschärft werden.

Dies kann man trotz des ungeschriebenen Blattes, das der frühere Pöfener Landesdirektor angeblich darstellen soll, schlangener behaupten, denn die neugebaute Exzellenz ist einerseits agrarisch bis in die Knochen hinein, andererseits so unvorbereitet für die ungeheuer schwierige Aufgabe, in den gegenwärtigen Zeitläuften die Reichsfinanzen zu leiten, daß er nichts als ein Werkzeug des Kommunisten a. D., nationalliberalen Parteiführers a. D. Miquel, des Lieblings der Agrarier sein wird.

Die Reichsfinanzen werden auch fernerhin den Agrariern keine Kopfschmerzen bereiten, dieser Theil des Capriolischen Finanzprogrammes wird buchstäblich erfüllt werden. Nicht erfüllt wird aber werden, wie wir vorausgesagt haben, die andere Zusicherung des Reichsanzlers, daß die Lasten auf die leistungsfähigsten Schultern gelegt werden sollen. Dies beweist das Ergebnis der Frankfurter Ministerverhandlungen. Das Steuerbouquet, das dort unter Miquel's Leitung zusammengegebunden wurde, wird niemand schön finden, denn es fehlt ihm die Harmonie. Um ein Hauptstück, die Tabakfabriksteuer, sind mehr zur Verbällung der schweren Belastung der Volksmassen als um ihrer selbst willen Börsen, Quittungs- und Luxussteuer gruppiert. Das viele Gerede von der Besteuerung des Luxus der besitzenden Klassen schrumpft in die Luxussteuer zusammen; die Börsensteuer, von deren hohen Erträgen seitens der Offizien so viel gefabelt wurde, soll nach Zusicherung Miquel's den Interessen der Börse möglichst angepaßt werden, so daß alles volkshimliche der versprochenen Steuerreform genommen wird und im wesentlichen nichts übrig bleibt als die Belastung der Massen. Der große Miquel, für den die ganze Bourgeoisie, weil er Fleisch von ihrem Fleisch ist, rasches Reklame macht, fährt in den ausgefahrenen Geleisen der längst verurtheilten Bismarck'schen Finanzpolitik. Keine neue beachtenswerthe Idee, keinen neuen Weg, kein neues Ziel weist das Ergebnis der Frankfurter Konferenzen. Sie zeigen auch keinen Ausweg aus dem ungeordneten Zustande unserer Reichsfinanzen und aus unserer Schuldenwirtschaft.

Betrachten wir nun im einzelnen ihre Ergebnisse, so weit dies nach den spärlichen Mittheilungen über die Ver-

handlungen möglich ist. Auf Einzelheiten brauchen wir uns nicht einzulassen, da mit Ausnahme der Quittungssteuer alle auf der Frankfurter Konferenz in Aussicht genommenen Steuern eingehend in früheren Artikeln des „Vorwärts“ besprochen wurden. Nur in betreff der Quittungssteuer sei noch einiges mitgeteilt.

Diese Gebühren sind ein Lieblingsobjekt des Fiskalismus. In jeder Form und in den letzten Winkel hat man die Rechnungen und Quittungen verfolgt, aber einen Zwang, Geschäfte und Käufe aller Art schriftlich abzuschließen hat man nicht gescheut, und Privatnotizen, wo sie als Rechnungen und Quittungen zu dienen scheinen, zum Stempel herbeigezogen. So weit Rechnungen und Quittungen in Geschäftsbriefen sich verziehen, hat man auch die letzteren stempelplötzlich erklärt. Die Rechnungen und Quittungen, die Fahr- und Frachtkarten und Transporturkunden sind die Massenurkunden des täglichen Verkehrs, deren Besteuerung auch bloß mit wenigen Pfennigen sehr hohe Erträge abwerfen muß. Aber dies empfiehlt diese Steuern lediglich vom Standpunkte des Fiskus, sonst sind sie des entschiedensten zu verwerfen, denn jedermann sieht ein, daß die Masse aller Geschäftsabschlüsse, namentlich aller Rechnungen und Quittungen, auf besonders steuersfähigen Erwerb oder auf stattgehabte Kapitalisirung nicht hinweisen und daß die formlosen Geschäfte sich der Steuer ganz entziehen. Der Geschäftsverkehr wird durch die Quittungssteuer sehr erschwert, die Kontrolle ist entweder unmöglich oder dringt in unerträglicher Weise in das Privatleben ein. Der Quittungsstempel entwickelt sich naturgemäß zu einer allgemeinen Verbrauchsabgabe, welche des Maßes und des Verhältnisses zu der im Konsum jeder besonderen Waarengattung geoffenbarten Leistungsfähigkeit entbehrt. Quittungen für Lohnzahlungen und ähnliche würden die arbeitende Klasse unendlich belasten. Die Frage der Abstellungen nach der Höhe der Rechnungen kann sehr ungerecht wirken, der gleiche Quittungsstempel auf Rechnungen ohne Rücksicht auf ihre Höhe wirkt sicherlich ungerecht. Wer einmal in einem Lande gelebt hat, wo der Quittungsstempel eingeführt ist, der weiß wie unangenehm und ungerecht er wirkt. Er trifft nicht die Leistungsfähigkeit, wie die Einkommensteuer, erweckt aber den Anschein, dies zu thun und schädigt auch hierdurch, weil er die Einführung einer Einkommensteuer erschwert und den selbstthätigen Gegnern derselben Waffen liefert. Wir müssen uns demnach auch gegen diese Blüthe im Steuerbouquet des Herrn Miquel entschieden erklären.

Würden wir die Zwecke billigen, denen die neuen Reichsteuern dienen sollen, so ließe sich wohl über die Luxussteuer mit uns reden, aber auch nur nach der Richtung, daß wir die Auswahl der Steuerträger billigen könnten, wir würden aber auch dann die Ertragsfähigkeit dieser Steuer als sehr gering veranschlagen müssen, denn wirkliche Luxussteuern bringen, wie wir schon früher dargelegt haben, stets sehr wenig ein und ihre Erhebung ist verhältnismäßig sehr

theuer. Eine Kontrolle der Steuer würde sehr schwer sein, weil bloß ein Theil der Weine besteuert werden soll, so daß unter falschen Etiketten und dergleichen Weine steuerfrei bleiben können, die eigentlich besteuert werden sollten. Daß man mit den Luxussteuern den ärmeren Volksklassen Sand in die Augen streuen, sie darüber täuschen will, daß sie die die eigentlichen Träger der Steuerlasten sind, ist ein weiterer Grund gegen diese Form der Besteuerung.

Was die Börsensteuer anlangt, so darf man sich auch nicht der Erwartung hingeben, daß sie den Reichskassen große Erträge zuführen würden, hiergegen spricht das Versprechen, das Miquel der Frankfurter Börse deputat gegeben hat und der Umstand, daß die Börse ein internationaler Markt ist, so daß die heimischen Steuergesetze spielend leicht umgangen werden können.

So bleiben nur als ins Gewicht fallende Steuern die Quittungssteuer und die Tabakfabrikats-Steuer, deren Bedeutung für die ärmeren Konsumenten im „Vorwärts“ schon mehrfach gewürdigt wurde.

Wir können daher zusammenfassend behaupten, daß die Miquel'sche Steuerpolitik nur bei den Besitzern der großen Vermögen, niemals aber in den breiten Volksschichten auf Sympathie rechnen kann. Für uns ist das Frankfurter Steuerbouquet so überladen wie nur möglich, wir haben gar keinen Anlaß, es uns überreichen zu lassen, wir können schon jetzt sagen, daß die Sozialdemokratie den neuen Steuerplänen rückhaltlose und entschiedenste Opposition machen wird.

Aber auch den Anhängern der Militärvorlage und den prinzipiellen Freunden der Bismarck-Miquel'schen Steuerpolitik wird das Ergebniß der Frankfurter Verhandlungen nicht mit Freude erfüllen. Aus unserem Finanzlande, aus der ungeordneten Finanzwirtschaft der Einzelstaaten, aus unserem Reichs-Schuldenlande weist es keinen Ausweg. Matrikularbeiträge und Ueberweisungen bleiben bestehen, das Reich wird finanziell nicht auf eigene Füße gestellt, die Finanzen der Einzelstaaten können deshalb auch nicht in Ordnung kommen. Ständige Defizite, Anleihen im Reiche, Anleihen in den Einzelstaaten, hohe Belastung der Armen, relative Steuerfreiheit der Reichen und Reichsten, Gefährdung des Militärmolochs und Vernachlässigung der Kulturaufgaben, bleibt trotz oder wegen der Frankfurter Minister-Konferenzen die Signatur unserer Finanzwirtschaft.

Deshalb wird die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages, so wie sie in der letzten Session keinen Mann bewilligt hat, in der nächsten Session gelegentlich der Abstimmung über die Steuervorlagen auch keinen Groschen bewilligen.

Druckfehlerberichtigung In dem Leitartikel: Die Junge wird gelöst (Nr. 189 vom 13. August), Spalte 2, Absatz 2, Zeile 6 von oben lies: Zwangsversicherung, nicht: Zinnungsversicherung.

### Feuilleton.

Wachdruck verboten.

42

### Die Bekehrung André Havenay's.

Sozialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

Der Eintritt Vater Deschamps zog sie aus aller Verlegenheit. Sie stürzte ihm entgegen und küßte ihn süßlicher als sonst. Der Alte sagte in vorwurfsvollem Tone zu ihr:

„Wie Dir der Kopf wieder glüht, Kleine! Du hast gewiß zuviel gearbeitet.“

„Da bemerkte er André.“

„Ach, Sie sind es!“ rief er und drückte ihm die Hand. „Gesund? Gut. Und zufrieden? Nicht übermäßig. Es scheint, daß Sie nicht entzückt sind von dem, was Sie drüben mit ansehen.“

André erzählte nun mit Abscheu von den Einzelheiten des begonnenen Kampfes.

„Dah!“ antwortete Vater Deschamps, „was will das sagen! Sie werden noch mehr sehen. So lange sich die Kandidaten noch nicht Deserteure, Diebe und Mörder nennen, um sich auf die parlamentarischen Diskussionen vorzubereiten, hat das nichts auf sich. So lange der Stimmensucher noch mit einem Nest von Schamgefühl betrieben wird, so lange die Fälschung des allgemeinen Stimmrechts nicht im Großen und unter freiem Himmel

betrieben wird, haben Sie noch gar nichts gesehen. Was wollen Sie? Die Korruption, die sich bei den Wahlen zeigt, ist der vollständig funktionsfähige Auspug eines Gesellschaftsgebäudes, das in der Börse gipfelt. Haben Sie darauf geachtet, wie die Bourgeoisie die hundertjährige Wiederkehr unseres 1789 feierte, die Feier des Jahres, in dem die Menschen- und Bürgerrechte proklamirt wurden, in dem man mit den alten Privilegien so schön ausgeräumt hatte, in dem Frankreich die Souveränität des Volkes zur Grundlage einer neuen Welt machte! Damals oder nie war eine gute Gelegenheit gegeben, Verständnis für das wahrhaft Große und Edle zu zeigen, etwas von dem edlen, heroischen Hauch, der unsere Großväter belebte, wieder zu finden. Ach, ja wohl! Ein Weltjahrmarkt, ein riesiger Bazar, ein kolossales Geschäft, das ist alles, was man gefunden hat. Schließlich liegt auch hierin vielleicht etwas Sinn und Gerechtigkeit. Neunundachtzig hat die Bourgeoisie besetzt und nicht das Proletariat. Es ist also eine bürgerliche Feier, ein Fest des Geldes, ein Triumph des Handels und der Industrie, zweifellos passte diese Art der Feier am besten zu unserer Bourgeoisie.“

Wir müssen gestehen, André hörte Vater Deschamps' Worten zu, ohne sie zu verstehen. Er folgte der Entwicklung des Traumes, der Johanna's Unruhe plötzlich in ihm erblühen ließ.

Vater Deschamps hielt sein träumendes Sinnen für Aufmerksamkeit und fuhr fort:

„Wissen Sie, was ich vorhin gelesen habe? Die Gesellschaft zur Aufmunterung zum Guten hat soeben einem Manne, den Sie kennen, eine goldene Medaille verliehen. Rufen Sie, wenn... Dem Baron von Türtheim! Er wird wahrscheinlich ein prächtiges Spital gebaut haben.

Wenn er alle diejenigen einquartieren wollte, die er ruiniert hat, dann müßte es hübsch groß sein. Der alte Satan! Bei ihm muß ich immer an die großen Herren früherer Zeiten denken, die Kirchen gründeten, um sich damit von ihren Sünden loszukaufen. Das hindert nicht, daß der verehrungswürdige Herr Dufault, der Präsident der Gesellschaft, die Gelegenheit benutzte, um das Porträt eines tugendhaften Milliardärs zu zeichnen. Ich sage die Wahrheit: Das Geld ist Gott und der Herr Baron von Türtheim ist sein Prophet.“

André zwingt sich, einige Worte zu erwidern. Aber es drängt ihn, so schnell wie möglich mit seinen Gedanken wieder allein zu sein, und er schließt daher vor, daß er in der Nacht noch abreißen müsse und verabschiedet sich. Er fühlte, wie die Hand Johanna's in der seinigen zitterte, als er ihr Lebewohl sagte, und da konnte er sich nicht enthalten, die kleine Hand inniger als sonst zu drücken, deren süße Wärme sein Blut noch lange in Wallung versetzte.

Eine Stunde später versuchte André, in eine Ecke des Waggons gedrückt, der ihn nach der Touraine zurücktrug, in seinem Innern und in den traurigen und süßen Gefühlen, die ihn im Laufe dieses Tages so mächtig erschüttert hatten, etwas Ordnung zu schaffen. Ach! Der Tod klopfte bei den Seinen an, bei den beiden Wesen, die von seinem Fleisch und Blut waren. Wir wissen sehr wohl, daß diejenigen, welche wir lieben, nicht unsterblich sind, aber wir lieben sie, als ob sie es wären, und der Tag, an dem wir entdecken, daß sie sterben können wie andere Menschen auch und daß ihre Tage gezählt sind, an diesem Tage wurden wir durch diese schreckliche Wahrheit so niedergeschmettert wie durch den unerwarteten Angriff eines Feindes, der uns hinterrücks überfällt. Bei dem

# Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. August.

Die russische Denkschrift. Die „Neue Freie Presse“ theilt über den Inhalt einer Denkschrift die der russische Finanzminister im „Petersburger Regierungs-Anzeiger“ veröffentlicht hat, folgendes mit:

Um die russische Getreide-Ausfuhr zu erleichtern, schuf Rußland im Zolltarif im Jahre 1891 eine Zollermäßigung für viele Artikel der Metallindustrie und der chemischen Industrie. Sodann erklärte die russische Regierung in einem Vorschlage an Deutschland, sie wolle diesen Tarif für die deutschen Export-Artikel binden, begehre dagegen, daß Deutschland seine Rolle für Getreide, Holz und Lohr-erzeugnisse. Deutschland antwortete darauf im Februar 1892, nachdem inzwischen die Verträge mit Oesterreich, Italien, der Schweiz und Belgien abgeschlossen waren, demnach Rußland Differentialzölle gegenübergestellt war. Deutschland forderte in dieser Antwort Erleichterungen im Grenzverkehre, die Befreiung der Goldminen zwischen der Einfuhr zu Lande und der Einfuhr zur See und Zollermäßigungen für 171 Artikel von den 212 Positionen des russischen Zolltarifs, ohne jedoch das Ausmaß der gewünschten Ermäßigung anzugeben. Rußland richtete im Juni 1892 an die deutsche Regierung das Ansuchen, ihre Forderungen genau zu präzisieren. Im August 1892 antwortete die deutsche Regierung, daß die Liste der gewünschten Zollherabsetzungen ausgearbeitet werde, Rußland müsse aber unbedingt die Rolle für den Landimport und für den Import zur See gleichstellen. Die Antwort Rußlands verzögerte sich durch den Wechsel im Finanzministerium. Der neue Finanzminister schuf einen doppelten Zolltarif, um denjenigen Staaten, welche Rußland meistbegünstigt behandeln, Vortheile gewähren zu können. Er theilte dies der deutschen Regierung mit und offerirte derselben, die Artikel Baumwolle, Kohle und Stroh beim Import über die Landgrenze in gleicher Weise wie bei der Einfuhr zur See zu behandeln, was einer Zollermäßigung von 700.000 Mark für die im ganzen 12 Millionen Mark betragende Einfuhr aus Deutschland bedeutet. Ferner erklärte sich die russische Regierung bereit, Deutschland die Meistbegünstigung im Handels- und Schiffsverkehrsverkehr einzuräumen. Diese Note ist der deutschen Regierung im Oktober 1892 zugekommen. Deutschland antwortete im Dezember 1892 und erbat die Beibehaltung des bisherigen Zollsystems bis zur Beendigung der Unterhandlungen. Seitens Rußlands wurde dies zugestanden, wenn die Verhandlung bis zum 1. April 1893 zu Ende geführt sein würde, was die deutsche Regierung in sichere Aussicht stellte. Im Februar 1893 richtete der deutsche Reichskanzler an die russische Regierung ein ausführliches Memorandum. In demselben wurde Rußland der Conventionaltarif angeboten. Als Gegenforderungen wurden gestellt: Einräumung der Meistbegünstigung für deutsche Produkte, die volle Gleichstellung des Imports über die Landesgrenzen mit der Einfuhr zur See, ferner die Bindung einer Reihe von Zöllen des autonomen Tarifes, eine Zollermäßigung für 77 Artikel des Tarifes, und zwar um 40, 60 und 80 pCt., endlich Herabsetzungen des finnländischen Tarifes und Erleichterungen im Grenzverkehre. Rußland antwortete auf dieses Memorandum im April 1893, daß der Zolltarif in Finnland allmählig dem russischen gleichgestellt werden solle. Rußland wüßte ein, 56 Artikel seines Tarifes herabzusetzen, in welchen sich die Einfuhr nach Deutschland auf 30 Millionen Rubel beläuft, und verschiedene Grenz-erleichterungen zu gewähren. Dagegen forderte Rußland den Abschluß eines Viehseuchen-Uebereinkommens mit Deutschland und schlug vor, eine gemeinsame Konferenz abzuhalten, auf welcher die gegenseitigen Forderungen in Verhandlung gezogen werden sollten. Die Antwort Deutschlands langte Mitte Juni in Petersburg ein. Die deutsche Regierung erklärte in derselben den Abschluß eines Viehseuchen-Uebereinkommens für undurchführbar; sie bestand auf der Herabsetzung des Zolltarifes für Finnland und bezeugte die angebotenen Herabsetzungen des russischen Tarifes für ungenügend. Die russische Regierung antwortete eingehend, sie lasse das Viehseuchen-Uebereinkommen fallen, der finnländische Tarif sei ausschließlich Sache der inneren Politik Rußlands. Die russische Regierung sei bezüglich des Tarifes einem weitergehenden Entgegenkommen geneigt und schlage zu diesem Zwecke vor, eine Konferenz einzuberufen, auf welcher die Forderungen Deutschlands näher geprüft werden sollen. Daraus in antwortete die deutsche Regierung am 28. Juni, die Konferenz verspreche nur dann einen Erfolg, wenn Rußland sämtliche Forderungen Deutschlands befriedige; eventuelle Erhöhungen des finnländischen Tarifes müßten durch Herabsetzungen des russischen Tarifes kompensiert werden; die Konferenz könne vor dem 1. Oktober nicht zusammenreten, weil die Minister und auch die älteren Räte nach dem Schlusse der Reichstags-Session erholungsbedürftig seien. Die russische Regierung beantragte nun, daß sich Deutschland und Rußland gegenseitig provisorisch die Meistbegünstigung einräumen sollten; diesen Vorschlag lehnte die deutsche Regierung ab. Darauf fuhrte Rußland gegenüber dem Exporte aus Deutschland den Maximaltarif ein und erklärte nochmals seine Bereitwilligkeit, eine gemeinsame Zollkonferenz abzuhalten und dem Deutschen Reich noch weitere Zollkonzessionen zu gewähren. Die deutsche Regierung antwortete am 15. Juli, sie wünsche, daß die Konferenz am 1. Oktober zusammenrete. Die russische Regierung stimmte diesem Termine bei, erklärte sich aber bereit, die Konferenz auch zu einem früheren Zeitpunkte abzuhalten.

Gedanken, daß in einigen Monaten, vielleicht schon in einigen Wochen Mutter und Schwester nicht mehr sein könnten, daß er sie vielleicht nie, niemals wiedersehen würde, daß er dann ganz allein auf der Welt wäre, schnürte eine schreckliche Angst Andre die Kehle zu, er athmete schwer, bedrückt von der Last der dumpfen Vorahnung unersehlicher Verluste. Dann aber erfüllte seine tranernde Seele ein anderer Gedanke, wie wenn der bleiche Strahl der Sonne auf eine Winterlandschaft fällt. Liebt Johanna ihn? Würde dieses unverhoffte, unendliche Glück ihm zu Theil werden? Denn er konnte sich nicht länger mehr Illusionen hingeben in bezug auf das, was er für das junge Mädchen empfand. Ja, er liebte sie, seit langem schon, und seine Liebe war immer noch gewachsen. Er hatte sich zu viel zugetraut. Jetzt war er daran gewöhnt, sie zu sehen, vor ihr seine Ansichten auszusprechen, ihr seine Zweifel anzuvertrauen, seine Gedanken mit den ihrigen zu verknüpfen, sie wie sein zweites Gewissen in allem, was er vornahm, zu Rathe zu ziehen, und jetzt fühlte er, daß seine Hochachtung vor ihr zur Leidenschaft geworden war. Zuerst hatte sie nur seinen Geist gefangen genommen, und jetzt gehörte auch sein ganzes Herz ihr. Er liebte sie, weil sie stolz und anmuthig, gut und energisch war, weil sie nicht den andern gleich, weil sie — sie war. Darum verfolgte ihr Bild, die Erinnerung an sie ihn überall, darum fragte er sich stets, wenn er mit einem Entschlusse nicht gleich ins Kleine kommen konnte: Was würde Johanna davon denken? Darum verknüpfte er sie unbewußt mit allen seinen Zukunftsplänen, darum eilte er zu ihr, wenn er der Aufmunterung und des Trostes bedurfte. O, wenn Johanna ihm Liebe mit Liebe vergelten könnte! Wenn ihre Unruhe heute ein Anzeichen dieser ihrer Liebe gewesen wäre! Und für wenige Augenblicke

Nun soll auch die Zuckersteuer von den Miquel-Trabanten auf Korn genommen sein. Es wird immer schöner.

Ein Loblied auf die Finanzminister-Konferenz bläst irgend ein geheimräthlicher Posaunenengel im Pindterblatt. Daß die Herren „befriedigt“ sind, glauben wir. Das Volk wird bald spüren, wie die Konferenzler seiner gedacht haben.

Der neue Reichs-Schatzsekretär. Graf von Posadowsky-Wehner, die Kasse für Herrn Miquel, war 1882 freikonservativer Landtags-Abgeordneter; amtierte als Landrath der Kreise Woungrowitz und Guben, wurde dann Direktor der provinzialständischen Verwaltungskommission zu Posen und dann Landeshauptmann der Provinz Posen. Er wird thun, was Miquel will. Wir werden im nächsten Reichstage also ein ähnliches Schauspiel erleben, wie 1892 und 1893, daß der Finanzminister die Angelegenheiten seines Ressorts durch einen anderen vertreten läßt. Caprivi vertrat die Militärvorlage auch militärisch, während der Kriegsminister von Kottentorn-Stachau sich ausschwig. Diesmal wird Miquel die Steuervorlagen vertreten, und der gräfliche Schatzsekretär hört zu. Vielleicht lernt er in dieser Zwischenzeit allerlei Nützliches für seinen neuen Beruf.

Aus dem Reiche des Herrn von Stephan. In Sachen des Posthilfsboten Herrmann in Gölzig wird uns aus postalischen Kreisen noch Folgendes geschrieben:

Was die Ober-Postdirektion in Liegnitz in ihrer zweiten „Berichtigung“ berichtigt, ist Silbersecherei. Eins hat sie aber in ihrem Berichtigungsbeise zu „berichtigen“ unterlassen (weil sie das nicht „berichtigen“ konnte), nämlich, daß der Herrmann 15 (fünfzehn) Jahre in der abhängigen Stellung eines Posthilfsboten sich befand, daß er jeden Tag weggejagt werden konnte (eine vierwöchige Kündigungsfrist ist bloße Formel, wenn der Postverwaltung wie hier, im Falle grober Dienstwidrigkeiten, oder bei Verletzung der durch den Beruf gebotenen Achtung, das Recht auf sofortige Entlassung zusteht), daß er also noch nicht etatsmäßig angestellt war. Werden die Posthilfsboten in Berlin mit 7/8, in den westlichen Provinzen mit 9 Jahren angestellt und betrachtet wie bisher dies als den höchsten Stand, so sehen wir hier, daß wir der Postbehörde Unrecht gekhan haben, daß sie im Gegentheil fähig ist, den Posthilfsboten noch während weiterer 6 Jahre ihr „Wohlwollen“ in Gestalt von 2 M. pro Tag empfinden zu lassen, und — das ist allerdings ja nur reiner Zufall — sich auf diese Art und Weise bei etwa sich einstellender Dienstauntauglichkeit den Rücken frei zu halten. Das ist echt christliche Sozialreform — von oben. Hebrigens sollte die Ober-Postdirektion in Liegnitz sich nicht gar zu sehr spreizen. Noch bis vor kurzem waren sämtliche Posthilfsboten auf „Widerruf“ beschäftigt, d. h. sie konnten jeden Tag entlassen werden. Wenn sie jetzt — wenigstens theilweise — auf vierwöchiger Kündigung stehen, so ist das zwar nur ein kleiner Fortschritt. Aber diesen Fortschritt erzwungen zu haben, das ist das Verdienst des „Vorwärts“, der diesen runden Punkt — es ist nur einer von vielen — in den Verhältnissen der Postunterbeamten immer wieder ans Tageslicht gezogen hat. Und wir werden auch weiter auf dem Posten sein.

Das kaiserliche Postamt in Colmar i. Elz. bittet uns, eine „Berichtigung“ aufzunehmen, die es nicht uns, sondern dem „Elzasser Tageblatt“ zugefunden hat. Wir sind pressgesetzlich nicht verpflichtet, diesen Wunsch zu erfüllen, aber wir erfüllen ihn trotzdem, da die Zuschrift einen beiteren Abschluß der seitigen Geschichte, um die es sich handelt, bildet. Das „Elzasser Tageblatt“ hatte eine Verurteilung des Colmarer Postamts veröffentlicht, wonach die Unterbeamten scharfgeladene Schusswaffen bei sich führen sollten, um die an den Schalter mitgebrachten Hunde, die das Postgebäude verunreinigen und von ihren Herren verlegt werden, todtzuschießen. Der Aufenthalt im Colmarer Postamt während der Schalterstunden hätte dann einen kriegerischen Charakter angenommen. Nun erklärt das „Elzasser Tageblatt“:

„Bekäglich einer in unserer gestrigen Nummer erschienenen Bekanntmachung des hiesigen Postamts über das Verbot Hunde in das Gebäude einzuführen, geht uns von maßgebender Stelle die Mittheilung zu, daß diese vom 20. Juni datirte Bekanntmachung nicht zu veröffentlichen bestimmt war und thatsächlich auch nicht erlassen worden ist. Wie die Mittheilung ergibt, beruht die Einsetzung an unsere Redaktion auf dem Versehen eines Kanzleibeamten.“

wiegten die regelmäßige Bewegung und der monotone Rhythmus des mit äußerster Geschwindigkeit dahurastenden Juges ihn sanft in einen Traum voll grenzenloser Glückseligkeit. Mit einem Male durchbohrte da ein anderer Gedanke scharf und schmerzhaft wie eine Nadelspitze sein Hirn. Johanna war verlobt, Johanna konnte ihn also nicht lieben. Ihre Unruhe! Sie war nichts anderes gewesen als die Verlegenheit bei einem Alleinsein mit einem jungen Manne. Ihr Interesse für ihn! Nichts weiter als schweizerische Freundschaft. Und wohin sollte diese Liebe, die sich seiner bemächtigt hatte, führen, als zum neuen Leiden für ihn, als zu einer Verdoppelung der Schrecknisse, welche seine nahe bevorstehende gänzliche Vereinsamung durch das Bild eines unmöglichen Glückes erhalten würde?

So betrat Andre das Schloß von Mazère mit der peinlichen Sorge, was aus ihm werden würde, wenn die Wahlkampagne, deren Zeuge er noch für einige Wochen sein sollte, zu Ende wäre.

## 14. Kapitel.

Fortsetzung von Andre's Tagebuch.  
Am 25. August. Ich muß mein Tagebuch fortsetzen. Am Tage gehöre ich mir nicht mehr, über meine Zeit und meine Gedanken verläßt ein anderer. Ich bin der Sekretär oder besser: der erste Diener des Herrn von Serenoise. Als solcher werde ich dafür bezahlt, daß ich sein folgloses Werkzeug bin, ihm helfe, seine Wähler an der Nase herumzuführen. Die Wähler an einem Werke, das ich verabscheue, der Zwang, den ich meinen innersten Gefühlen hier aufzulegen muß, lassen auf mir wie die Mitschuld an einem Verbrechen. Welche Erleichterung ist es denn für mich, wenn der Abend herangekommen ist, ich mein Zimmer aussuchen und endlich thun und lassen kann, was ich will. (Fortsetzung folgt.)

Eine prächtige „Berichtigung“! Weshalb verfaßt denn die Postverwaltung ihre Berichtigungen? Daß der Erlaß nicht zur Veröffentlichung bestimmt war, glauben wir gern. Daß er nach der Veröffentlichung nicht in Kraft getreten ist, versteht sich. Es wird also vorderhand nicht scharf geschossen im Postamt zu Colmar.

Die Futternoth hat die kleinen Landwirthe in schwere Bedrängniß gebracht, alle Parteien waren sich darüber einig, die Rechte und die Linke des Reichstages haben durch Reden und Anträge dieser Auffassung Ausdruck verliehen. Jetzt kommen offizielle Blätter, die natürlich über die Kritik der Futternoth recht ärgerlich sind, zu der Erkenntniß, mit der Futternoth sei es nicht so schlimm, die Preise der Futtermittel wären aber — durch „den ungeschick in Szene gesetzten Lärm“ in die Höhe getrieben worden. Warum hat denn die Regierung die Futterzölle nicht suspendirt? Das wäre das beste Mittel gewesen, Preisstreiberien zu verhindern, warum hat sie nicht den Auskauf und die Vertheilung der Futtermittel übernommen? Das Pindterblatt schießt wieder den Vogel ab, indem es andeutet, der „Vorwärts“ sei so ein Bißchen im Bunde mit den Deuten, die die Futterpreise in die Höhe trieben. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, deren offizielle Artikel früher an der Börse bekannt sind, ehe sie erscheinen, leidet unter dem Einfluß der Hundstagshitze an einer Begriffsverwirrung. Sie verwechselt ein Organ, das die Interessen der Arbeiter, der Ausgebeteten vertritt, mit dem schonen Guanoblat, das politischen und anderen Gründern sich prostituiert, den Protokollheuren und Volksbedrückern Schergendienste leistet, jedem dieht, der es nach dem Tarif entlohnt, sie verwechselt den „Vorwärts“ mit sich selbst. Etwas Niemur für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, etwas viel Niemur! Denn die Schmähsucht dieser Stiefelpüter der Regierung ist bereits zur Kaferei geblieben.

Ein genialer Gedanke. Ein gewisser Diebrieh Graf Rede Volmerstein hat das Mittel gefunden, die Pressefreiheit, an der wir Deutschen laboriren, auf das richtige Maß zurückzuführen. Der famose Berichtigungs-Paragraph des Pressgesetzes, § 11, braucht nur ein bißchen erweitert — zu werden. Im „Zöllichauer Wochenblatt“ — und Zöllichau liegt nicht in der Daldorfer Gemarkung, sondern im Regierungsbezirk Frankfurt a. O., Station der Linie Bentschen-Guben — hat der edle Graf seine Weisheit zum Besten gegeben. Ein mildernder Umstand sei sogleich geltend gemacht; der Artikel stammt aus der Hundstagszeit, am 12. August ist er veröffentlicht worden. Da heißt es:

„Ohne jegliche gesetzliche Kontrolle sehen Redakteure ohne Befähigung, Bildung und Moral ihre Maulwurfsarbeit gegen Thron und Altar fort, ohne daß die Regierung in der Lage wäre, nachdrücklich dagegen einzuschreiten, denn § 11 des Pressgesetzes mit seinen ausnehmenden Berichtigungen genügt keineswegs. Hier läßt sich Wandel schaffen, ohne die Pressefreiheit irgendwie zu beschränken. Jede Zeitung ist verpflichtet, der königlichen Regierung eventuell die ganze erste Seite unentgeltlich zur Verfügung zu stellen!“ Der § 11 des Pressgesetzes dahin erweitert, giebt der Regierung die Möglichkeit, allen Unterthanen in längeren oder kürzeren Auseinandersetzungen, ihre Absichten, Wünsche und die reine, nackte Wahrheit der Thatfachen zu übermitteln, — ungerechtfertigte Angriffe zurückzuweisen. Die technische Ausführung müßte, mit der Feder gewandten, pensionirten Offizieren und Beamten anvertraut werden, welchen das zu verarbeitende Material durch ständige Korrespondenzen zugehe. Der Erfolg dieser allgemeinen politischen Maßnahme würde nicht ausbleiben. — Die Bevölkerung würde ein reiferes Urtheil gewinnen und nicht auf jeden Bops irgend eines hergelauenen hegenden Agitatörs anbeifen. . . . Im Reichstage dürfte die Erweiterung des § 11 in diesem Sinne auf keinen unüberwindlichen Widerstand stoßen. Dagegen der Regierung ein nicht zu unterschätzendes Mittel in die Hand geben, mit Erfolg gegen die lägerischen Presseerzeugnisse einzuschreiten und das Vertrauen des Volkes dauernd zu gewinnen.“

Mit welcher Unvorsichtigkeit die Junkerschaft die Volksrechte bekämpft, ist satfam bekannt. Es wäre aber bedauerlich, wenn man den niedlichen Vorschlag des Herrn Grafen der Öffentlichkeit vorenthielte. Etwas Dummerees und Böartigeres kann wohl kaum ausgeheckt werden. Das ist ein echter Vertreter der „Edelsten und Besten.“

Sie schämen sich. Die „Kreuz-Zeitung“, die gleich dem übrigen reaktionären Zeitungsgehwirfer es nicht verschmerzen kann, daß ihre Lieblinge, die „Anarchisten“ und „Unabhängigen“, in Zürich ein glänzendes Fiasko erlebt haben, schreibt in einer Wochenrundschau:

„Wenn wir unsere Sozialdemokraten zu den „Deutschen“ rechnen könnten, müßte es uns ja mit Stolz erfüllen, daß auf einem Gebiete die Deutschen eine unbestrittene Führerrolle ausüben. Wo ist das sonst in internationalen Beziehungen und auf internationalen Versammlungen der Fall? Hier dominiren die Franzosen, dort die Amerikaner, in der Kunst regiert Italien, auf der See herrscht England; aber im revolutionären Lager geben die Deutschen den Ton an. Das ist bitter für unser Volk; darum muß es einmal ganz klipp und klar gesagt werden, damit wir uns schämen. In keinem Lande der Welt giebt es eine auch nur annähernd so starke sozialrevolutionäre Partei, wie in Deutschland. Selbst in dem radikalen Frankreich bilden die Sozialisten eine kleine Minderheit; aber bei uns sind sie die stärkste aller politischen Parteien. Wo soll das hinaus? Es scheint, als ob sie mit Sozialistengesetz und ohne dasselbe sich doch in stets gleicher Progression vermehren, und wenn das so fortgeht, könnte vielleicht der Tag kommen, wo sie die Mehrheit im Reichstage haben. Damit hätten sie zwar den Sieg noch keineswegs errungen, denn die bürgerliche Gesellschaft wird sich ihre Deposition nicht ohne weiteres gefallen lassen; aber eine schwere Krise kann dann nicht ausbleiben.“

Was bedarf es langer Erläuterungen zu dem erfreulichen Weheruf des Junkerblattes! Daß die bevorrechteten Volksfeinde, die die Masse seit Jahrhunderten schamlos ausplündern, auch einmal sich „schämen“, verdient sorgsam angemerkt zu werden als nie wiederkehrende Narrität. Viel leicht aber „schämen“ sie sich noch einmal, am Tage der Deposition? Der Ausbruch ihres Schamgefühls steht in urfächlichem Verhältniß zu Siegestagen des sozialen Fortschritts.

Entschädigung unschuldig Inhaftirter. Die gegen unsere beiden Parteigenossen A. Hüber und P. Lutz in Baden-Baden erhobene Anklage ist niedergeschlagen, die Kosten sind auf die Staatskasse übernommen worden. Aber entschädigt nun die unschuldig Verfolgten für die erlittene Unterjochungshaft und die damit verknüpften Unannehmlichkeiten? Wird die Staatsanwaltschaft jetzt gegen den wirklich Schuldigen, den Bürgermeister Kahner in Görden, ganz energisch vorgehen und ihn wegen seines Vergehens zur Rechenschaft ziehen?! —

**Ein Muster-Schulrath.** In einer kürzlich erschienenen Broschüre, die sich mit dem bekannten Elberfelder Schulbeizungs-Prozess befaßt und das Verhalten der Schulverwaltung geißelt, ist unter Anderem von einem Urtheil die Rede, das der Elberfelder Stadt-Schulrath Dr. Brodstein in einem Streit zwischen Haupt- und Klassenlehrern gefällt hat. In der Broschüre heißt es: Einem Klassenlehrer, der vor drei Jahren an der evangelischen Schule an der Engelnbergstraße unter Herrn Hauptlehrer Kirberg angestellt war, haben verschiedene Eltern in dem letzten Winter, als der Herr an der genannten Schule zu unterrichten hatte, um Unterbringung der Kinder vor Beginn des Unterrichts und während der Pausen im Klassenzimmer. Dem Wunsch der Eltern glaubte der Lehrer um so mehr Rechnung tragen zu müssen, als die Kinder erst den vorhergehenden Mai in die Schule eingetreten, meist schlecht bekleidet und durchweg mit schlechtem Schuhwerk versehen waren. Diejenigen Kinder, welche die Kälte in den Pausen hatten, durften nunmehr unter Aufsicht des Lehrers während der Pausen in der Klasse verbleiben. Eines guten Morgens kam nun Herr Hauptlehrer Kirberg während der Pause in die Klasse des Klassenlehrers und forderte in barscher Weise die Entlassung der Kinder aus dem Hof, und benahm sich seinem untergebenen Klassenlehrer gegenüber vor den Kindern in einer solchen Weise, daß dieser sich veranlaßt sah, sich bei Herrn Dr. Brodstein zu beschweren. Herr Dr. Brodstein ließ sich den Fall sowohl vom Haupt- wie auch vom Klassenlehrer vortragen und fällte dann folgendes Urtheil: „Wenn Herr Kirberg auch zugiebt, daß er mit Absicht gegen Sie planmäßig vorgegangen ist und Sie in den Augen der Ihnen unterstellten Kinder hat lächerlich machen wollen, und wenn er auch keine stichhaltigen Gründe für sein Betragen Ihnen gegenüber angeben kann, so werden sich diese vielleicht im Laufe der nächsten Jahre finden. Ihr Recht besteht darin, daß Sie unter allen Umständen Unrecht haben. Das ist Ihr Recht. Die Kinder mögen schlechtes Schuhwerk haben, sie mögen kranke Füße haben, es mag regnen, es mag schneien, — ist Alles gleich, sie haben sich während der Pausen auf dem Hof aufzuhalten. Wenn Sie noch einmal es wagen werden, Kinder in der Pause in der Klasse zu lassen, werde ich Sie finanziell schwer schädigen.“ Auf die Frage des Klassenlehrers, wie Dr. Brodstein sich verhalten würde, wenn die 21 Eltern, deren Kinder in der Klasse blieben, sich bei ihm beschweren würden, erklärte dieser ganz bestimmt: „Dann werde ich ihnen einundzwanzig Mal Unrecht geben.“ So behandelt die schulrathliche „Humanität“ Proletariatskinder. —

**Aus Bayern** meldet die „Frankfurter Zeitung“: „Der nationalliberale Reichstags-Abgeordnete Bayerlein der mit Hilfe der Bauernbündler durch allerlei Wahlmanipulationen fraglicher Art — in einem Orte wurde, damit die sozialistischen Arbeiter nicht mehr zeitig zur Wahl kommen könnten, die Uhr von 6 1/2 auf 6 Uhr Abends gedreht — gewählt wurde, will, jedenfalls in Anbetracht der Wahlproteste, sein Mandat niederlegen.“ — Ob der Bayerlein wirklich sich dazu entschließt? Ein Nationalliberaler? —

**Lieutenant Hofmeister**, so meldet die „Frankfurter Zeitung“, der wegen „sozialistischer Umtriebe“ zu Würzburg in Untersuchungshaft sah, ist am 11. August Mittags aus dem Militärgefängnis entflohen, wurde jedoch, wie die „Bölnische Zeitung“ meldet, am Bahnhof wieder verhaftet. —

**Das alte Lied.** Der Briefträger Krämer in Dörtm und, so schreibt die „Frankf. Ztg.“, war mit einem Gehalt von zuletzt 78 M. angestellt. Dieses reichte aus, so lange er ledig war, auch dann noch, als ein Kindchen der jungen Ehe entpuppte. Beim zweiten ging es schon recht knapp und schließlich fehlte es am Nöthigen. Krämer ließ sich verleiten, den Betrag einer Postanweisung zu behalten; er glaubte ihn bald ersetzen zu können. Der Weg zur Höhe ist bekanntlich mit guten Vorhaben gepflastert; der Mann war nicht in der Lage, für Dedung zu sorgen, und so mußte er, am die erste Unterschlagung zu decken, zur zweiten und folgenden schreiten. Da Krämer auch die Quittungsvermerke auf den Anweisungen selbst schrieb, so machte er sich auch der Urkundenfälschung schuldig. Schließlich brach die Geschichte zusammen und das Ende war die Verurtheilung des Mannes, dem die vorgesetzte Behörde das beste Zeugnis ausstellt, zu 6 Monaten Gefängnis. Mit dem Leumundzeugnis allein ist es nicht getan. Die Post sollte auch ihren Unterbeamten ein auskömmliches Gehalt geben. Es ist zu verführerisch, wenn ein schlecht bezahlter Mann fortwährend mit größeren Geldsummen umzugehen hat. —

**In Danzig und Stettin** sollen Freihafengebiete geschaffen werden. Warum räumt man nicht lieber mit dem Schutzollsystem auf? —

**Pastor Schall** in Bahrdorf (Herzogthum Braunschweig), dessen bemerkenswerthe Schrift wir ihrer Zeit eingehend besprochen haben, gehört zu den wenigen lutherischen Geistlichen, die Verständnis für das Wesen der sozialen Frage besitzen. Schall ist nicht Sozialdemokrat, seine Weltanschauung steht im scharfen Gegensatz zu der untrigen, aber er hat eine tiefere Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge als der Durchschnittsphilister und er hat den Muth gehabt, dies in seiner Schrift offen zu bekunden. Nun lese man folgenden denunziatorischen Bericht der „Mecklenburgischen Zeitung“ über eine gegen Schall gerichtete Angeberei:

Pastor Schall hat schon vor einiger Zeit literarisch das Thema, ob eine Verständigung zwischen Kirche und Sozialdemokratie möglich sei, in einer seiner Partei sympathischen Weise behandelt. Charakteristisch ist die darin vorkommende Wendung: „Bebel und Dietrich sind in meinen Augen echte deutsche Heiden, die selbst ihren Feinden Achtung und Bewunderung abzwängen.“ Das Auftreten des Pastors Schall in der letzten Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten Wenzel und dem (später gewählten) Kandidaten des Bundes der Landwirthe Adernann Schwerdtfeger; Oberlinde hat nun die in ländlichen Kreisen gegen Pastor Schall herrschende Stimmung zur Explosion gebracht. In einer am 22. Juni in Bahrdorf abgehaltenen Wahlversammlung (in W. waren sieben sozialdemokratische Stimmen abgegeben) trat der Domänenpächter Rostath warm für Schwerdtfeger's Wahl ein und warnte vor der Sozialdemokratie und ihren Bestrebungen auf Grund eines vorliegenden Wahlflugblattes Schäfers Lönart. Pastor Schall, der übrigens ausdrücklich zu der Versammlung durch den Gemeindevorstand eingeladen worden war, ergriff darauf sofort das Wort und bezeichnete die Angriffe gegen die Sozialdemokratie als maßlos übertrieben und deshalb als verwerflich und schädlich. Es sei Verleumdung, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, daß nur sie Robheit der Gesinnung aufweise, daß sie den Meinen billige, daß sie das Familienleben auflösen wolle u. c. Er

wolle nicht verkennen, daß die Sozialdemokratie wegen ihres Klassen- aufeinandergehens und wegen ihrer Religionsfeindschaft gefährlich sei, müsse aber auch zugestehen, daß sie mit Energie die Lage der Arbeiter bessere, ja es sei fast keinem Zweifel unterworfen, daß die Partei im deutschen Volke zum Siege gelangen werde. Pastor Schall mahnte dann dringend nach seinem Beispiel zur Stimmhaltung, „da man mit gutem Gewissen keinen Sozialdemokraten wählen könne und andererseits die Wahl des anderen Kandidaten (des Agrariers) zwar das Wohl der Großgrundbesitzer und die Erhöhung des Brotpreises, aber nicht das Wohl der Arbeiter befördern würde.“ Acht Tage später versuchte Pastor Schall in Bahrdorf, jedoch vergeblich, einen evangelischen Arbeiterverein ins Leben zu rufen. Den Mißerfolg sucht Pastor Schall mit folgenden Worten zu erklären: „Alle meine Hoffnungen haben sich erwiesen als Eitelungen. Die Arbeiter sind in solcher sozialer Abhängigkeit, daß sie nicht zu mutigen wagen, und die Besitzer erweisen sich einem jeden Versuch einer Reform so abhold, daß selbst eine lang bestehende Freundschaft in offene bittere Feindschaft sich umwandelt. Dagegen tritt noch die Reform der Lage der Arbeiter, d. h. wie wir diesen Satz verstehen: der an die Besitzenden erhobene Anspruch, zum Besten der Arbeiter auf einen Theil ihres Gewinnes zu verzichten. Dies ist die objektive Schilderung der Vorgänge, die dem Gemeinderath von Bahrdorf Anlaß gegeben haben, sich beim Kirchenregiment über die politische Agitation des Pastors Schall zu beschweren, weil diese geeignet sei, den Frieden in der Gemeinde zu stören, und deshalb den Antrag zu stellen, den genannten Geistlichen möglichst bald zu verweisen. Ohne eine Entscheidung der kirchlichen Behörden abzuwarten, hat Pastor Schall eine dieser Tage erscheinende Broschüre verfaßt, in der er nach dem, was bisher über den Inhalt bekannt geworden, das Verfahren seiner Gegner auf das allerheftigste angreift.“

Der Wahrheit die Ehre geben, die Junker so schildern wie sie sind und zur Stimmhaltung auffordern, das sind drei Majestätsverbrechen, die Maßregelung verdienen. Der brave Gemeinderath hat die Vorbeeren der politischen Reher- richterei glücklich erungen. So wird ein ausländischer Gegner der Sozialdemokratie, der nicht in das Horn der Reaktion stößt, behandelt. —

**Die Maisfeier** wird in Zukunft eine einheitliche sein als bisher. Der Brüsseler Beschluß, der die Feier auf den 1. Mai verlegt, im übrigen aber bezüglich der Feier den verschiedenen Nationen freie Hand läßt, wurde von den Engländern nicht anerkannt, die für sich die Feier am ersten Sonntag im Mai begingen. Dies hat der Einheitsfeier der Feier Abbruch. Es ist deshalb hocherfreulich, daß die Mehrheit der englischen Delegirten auf dem Züricher Kongress sich für den 1. Mai erklärt hat, mit der Bedingung, die Feier durch Massenmanifestationen im Freien u. s. w. am 1. Sonntag im Mai zu ergänzen. —

**Gesetz und Duell.** Der belgische Senat hat, wie den Lesern bekannt, einen sehr strengen Gesetzentwurf gegen den Duellunfug angenommen. Das Duell, welches tödtlich verläuft, soll als Mord, das Duell, welches nicht den Tod eines der beiden Theile herbeiführt, als versuchter Mordstrafe bestraft, in jedem Fall das Duell als gemeinsames Verbrechen behandelt werden. Wir wissen nicht, ob der Gesetzentwurf Gesetz werden wird, das aber wissen wir, daß diejenigen sich täuschen, die da meinen, durch Gesetze ließe das Duell sich abschaffen. In Frankreich, wo schon vor Jahrhunderten der Duellunfug arg ins Kraut geschossen war, ergingen stets drakonische Gesetze gegen das Duell, nach denen jeder Duellant und jeder Theilnehmer an einem Duell, ohne Zulassung mildernder Umstände, dem Tod verfallen war, und zeitweise sogar dem Tod in der schimpflichsten Form für einen Uebigen d. h. am Galgen. Allein die Folge war bloß die, daß die Duelle ohne Zeugen und meist bis zum Tod oder der tödtlichen Verwundung eines der beiden oder der beiden Parteien ausgefochten wurden. Die Gesetze erwiesen sich so wirkungslos, daß sie aufgehoben werden mußten, und daß man schließlich in Frankreich zu einem ähnlichen unwürdigen Kompromiß zwischen Gesetz und Vorurtheil gelangt ist, wie in Deutschland. In England, wo der Duellunfug bis zum Anfang dieses Jahrhunderts nicht minder heftig grassirte, als in Frankreich, ist er seit Jahrzehnten vollständig erloschen, ohne daß ein drakonisches Gesetz gegen das Duell erlassen worden wäre. Die Sitte hat in England bewirkt, was in Frankreich das Gesetz nicht vermocht hat. Die mittelalterliche Barbarei des junkerlich-feudalen „Erbegriffs“, der dem Duellunfug zu Grunde liegt, ist in England durch den modernen Industrialismus mit seiner bürgerlich-nüchternen Weltanschauung mit einer Gründlichkeit weggesegt worden, daß auch im verbohrtsten Schädel kein Plätzchen mehr für den Duell-Vazillus zu finden ist. Wer heute in England jemand zum Duell herausforderte, würde ausgelacht oder vor die Polizei zitiert werden, und wenn er nicht auf unbestimmte Zeit ins Gefängnis marschiren will, persönlich Bürgschaft in einem hohen Geldebetrage und außerdem noch einen oder mehrere Bürgen für seine künftige gute Aufsührung zu stellen haben. Und das genügt, selbst Halbverrückte, die noch einen Funken von Ueberlegung haben, zurückzuhalten. Kurz: das Duell ist in England lächerlich geworden, und die Lächerlichkeit tödtet. Werden die Franzosen und wir Deutsche in der Allgemeinheit einmal so gestittet und vernünftig, im Duell eine barbarische Lächerlichkeit oder lächerliche Barbarei zu erblicken, dann ist auch dort und hier das Duell abgeschafft. Durch Gesetze läßt dieses Ziel sich nicht erreichen, womit jedoch der gegenwärtige Gesetzes- Zustand mit Bezug auf das Duell nicht entschuldigt werden soll — ein Zustand, der die herrschende politische Heuchelei wahrhaft klassisch zum Ausdruck bringt, und eine ebenso blutige Satire auf unsere Gesehlichkeit ist, wie auf unsere Zivilisation. —

**Die belgische Senatswahl-Reform** ist am 12. August abgeschlossen worden durch ein Kompromiß. Der Wahlbarkeits-Jenius ist auf 1400 Franks herabgesetzt. Den diesen Jenius Zahlenden werden 1 pro 4000 der Weisheitsbesten hinzugefügt. Außerdem werden 26 Senatoren ohne Jeniusbedingung durch die Provinzialräthe gewählt. Die Abgeordnetenkammer wird voraussichtlich dem Kompromißbeschlusse zustimmen. —

**Frankreich.** Jrgend ein Verräther hat den französischen Politiker Ledron um zehn Franken anzuimpfen wollen. Der schob ihm nichts vor; darauf zog selbiger Hansnarr, ein Droschkenkutscher Namens Moore, eine Pistole und brante dem Ledron, der etwas Reklame während der Wahlbewegung brauchen kann, eins aufs Leder, schrammte ihm noch nicht einmal die Haut und wurde verhaftet. — Bis zum 11. August waren 1764 Kandidaturen zur Wahl für

die Kammer angemeldet. Von dieser Zahl entfallen auf Paris 316, auf die Provinzen 1403 und auf Algerien und die übrigen Kolonien 34. —

**Der englische Grubenarbeiter-Ausstand.** Am 12. August haben sich 21 000 Bergleute der Binnengraffichten den Feiernden angeschlossen. Auf diese Weise beträgt die Zahl der ausländischen Kohlenbergleute jetzt 290 000, ganz abgesehen von den 100 000 Mann, die sonstwie an den Bergwerken beschäftigt sind. — In Wales greift der Ausstand um sich. 40 000 walisische Bergleute feiern daselbst. —

**In Britisch-Indien** ist es wieder einmal zu Zusammenstößen zwischen Hindus und Muhammedanern gekommen. Religiöser Fanatismus und nationale Gegensätze sind der Anlaß zu diesen Reibungen; die Grundursache aber ist wirtschaftlicher Art. Der Eingeborene haßt im Muhammedaner den Nachkommen des Eroberers, des Unterdrückers, der heute noch durchgängig zu den wirtschaftlich Stärkeren gehört. Arg sind die Krawalle in Bombay. Nach einer Meldung des Bar. Reuer aus Bombay von heute befiel sich der Aufruhr in den Vorstädten immer weiter aus. Bisher wurden 1200 Verhaftungen vorgenommen. Nach den bisherigen Feststellungen sind fünfzig Personen getödtet worden, es ist jedoch noch schwer, den wirklichen Verlust anzugeben. Die Hospitäler sind mit Verwundeten angefüllt. Selbst die Leichenzüge werden von den Muselmanen heftig angegriffen und müssen von Truppenabtheilungen geleitet werden. Weitere Kavallerie- und Infanterie-Verstärkungen sind aus Poonah herangezogen worden. Die Truppen lagern in den Straßen. Die Ankunft des Gouverneurs wird morgen erwartet. —

**Australisches.** Das Repräsentantenhaus in Neuseeland genehmigte am 11. August eine Vorlage, die den Frauen das Wahlrecht gewährt und den Maoris, den sehr begabten und entwicklungsfähigen Eingeborenen Neuseelands, —

## Soziale Ueberlicht.

**Die Angst vor dem bischen Sonntagstruhe.** Gegen die Bestimmung des Sonntagstruhe-Gesetzes, wonach an Sonn- und Feiertagen der Gasfabrikationsbetrieb von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends ruhen soll, hat gleich andern Unternehmervertretungen, auch der Verein der Gas- und Wasserfachmänner Schlesiens in seiner 25. Jahresversammlung eine Eingabe an den Bundesrath zu richten beschloffen. Die Fachmänner waren darüber einig, daß diese Bestimmung unmöglich durchzuführen ist, ohne den Gasanstalten enorme Mehrkosten zu verursachen (1). Einmal würden die dadurch verursachten Erweiterungsarbeiten große Summen beanspruchen, dann aber würde auch der Betrieb sehr vertheuert werden, denn die Oefen würden kalt werden und erst einer nach dem andern angebrannt werden können, die Errichtung von Reservertankons für die abgelassenen Arbeiter aber würde, wenn man nicht mit ungeübten Arbeitern den Betrieb unterhalten wolle, eine erhebliche Vermehrung des Arbeiterpersonals beanspruchen. Der Verein beschloß auch die städtischen Behörden aufzufordern, daß sie ebenfalls beim Bundesrath Vorstellungen gegen das Inkrafttreten der Bestimmung erheben.

Wir sind gespannt, ob der Bundesrath auch diesen Forderungen ein offenes Ohr leihen wird. Wenn irgendwo, so zeigt sich in dieser Eingabe eklatant, daß die Sonntagstruhe in den Gasfabrikationsbetrieben ohne irgendwelche Störung durchgeführt werden könnte, wenn man einige Mitglieder der großen industriellen Reserve-Armee in Arbeit stellen wollte. Doch der heilige Prokt darf im Lande der Sozialreform nicht angegriffen werden. Darum das Lamento.

**Aus Oesterreich.** Der Streik in der Silberwaaren-Fabrik von Hermann Söbeld u. Co., Wien, dauert fort. Da die Sperre über diese Fabrik verhängt ist, ist der Zugang streng ferngehalten. Unterstützungen für die Streikenden, unter den viele Familienväter sind, werden angenommen in den Redaktionen der „Arbeiter-Zeitung“ und der „Metallarbeiter“, ferner bei Genossen Ludwig Unger VI. Kopernikusgasse 12, 2. Stock, sämmtlich in Wien. — Siegreich verlaufen ist ein in der Lederzuchterei der Herren R. Sudern und A. Ventura in Wien ausgebrochener Lohnstreik. Den Arbeitern wurden 2 Gulden Lohnrückzahlung pro Woche, eine Erhöhung des Akkordlohnes, sowie strenge Einhaltung der Sonntagstruhe und der zehnstündigen Arbeitszeit zugesichert. Nach eintägigem Ausstande wurden die Forderungen der Bauanschläger bei der Firma Lindner-Wien bewilligt. — In der Lederzuchterei Remesch-Wien streikten sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, 17 an der Zahl. Sie fordern eine mäßige Erhöhung des Akkord- und Wochenlohnes. — Seit dem 8. August stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen bei Jappert und Söhne, Appreturfabrik in Streit. — Der Streik in der Lederzuchterei von Underlitzke dauert fort.

**Wie das Unternehmertum die Gewerbe-Ordnung achtet.** Auf eine gefehrvordrige Bestimmung in den Arbeitsordnungen deutscher Glashütten weist der „Fachsengesell“ hin. „Betriebs-Unterbrechungen“, so lautet flott und frisch diese dem Gesetz ins Gesicht schlagende Bestimmung, welche durch Umbau oder Neubau, sowie Reparaturen der Glashütten entstehen, berechtigen die Arbeiter nicht zur Lösung des Arbeitsverhältnisses ohne Einhaltung der Kündigungsfrist. Eine Entschädigung für den Ausfall der Arbeitsgelegenheit haben die Glasmacher, Gehilfen, Beurlinger, Einträger u. nicht zu beanspruchen.“

Hierdurch wird die bekannte Bestimmung des § 124 der Gewerbe-Ordnung vollständig aufgehoben, wonach Arbeiter vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung die Arbeit verlassen können: „wenn der Arbeitgeber den Arbeitern den schuldigen Lohn nicht in der bedungenen Weise auszahlt, bei Städtlohn nicht für ihre ausreichende Beschäftigung sorgt oder wenn er sich widerrechtlicher Uebercoorthaltung gegen sie schuldig macht.“

Unersindlich ist, wie ein Gewerbegericht, wie in Kreuznach geschehen, sich bei einer Entschädigungsklage, die Städtarbeiter in einem solchen Fall gegen ihre Unternehmer anstrebten, sich an die obige ungeschickliche Bestimmung lehnen und die Kläger mit ihrer Klage abweisen konnte. Noch unersindlicher ist es allerdings, wie die betreffende Aufsichtsbehörde eine solche mit der Gewerbe-Ordnung in Widerspruch stehende Bestimmung überhaupt in der Arbeitsordnung zulassen konnte.

**Wie unsere Prozentpatrioten die Vaterlandsliebe**, also die Liebe zum gesammten Volke auffassen, zeigt ein Bericht der Dresdener Handels- und Gewerbe-Kammer. Danach hat die Konvention der deutschen Dochtabrikanten den Preis des Dochts für das Inland festgesetzt, im Ausland jedoch bis zu einem Drittel billiger verkauft. Das deutsche Volk wird von diesen Herren mehr geschöpft als der Erbsädel.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Dienstag, den 15. August.  
**Essing-Theater.** Das Recht zu lieben.  
**Prall's Theater.** Die weiße Dame.  
**Friedrich-Wilhelmstädt-Theater.** Fatinitza.  
**Adolph Ernst-Theater.** Goldlotte.  
**Victoria-Theater.** Frau Venus.  
**Alexanderplatz-Theater.** Das Damenbad.  
**National-Theater.** Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

### Königl. italienischer Circus Ernesto Ciniselli.

Stadtbahn-Station: Zoolog. Garten.  
Heute, Dienstag, den 15. August: Abends 8 Uhr:  
**Gr. Gala-Sport-Vorstellung.**

Hochinteressantes Programm. Besonders hervorzuheben: Zum 7. Male: **Die irische Gank**, Sprunggymnastik, ausgeführt v. Springsperden 1. Klasse unter Sattel. 500 M. Prämie demjenigen, welcher mit eigenem Pferde die in dieser Piece ausgeführten Sprünge nachmacht. Offene Konkurrenz.  
Zum 39. Male: **Die Erschaffung des Weibes** oder: Das Weib im Laufe der Jahrhunderte. Gr. Ausstattungspantomime mit Ballet. Ferner Auftritte der vorzüglichsten Kunstreiter, Kunstreiterinnen, Clowns, Spezialitäten allerersten Ranges, sowie Reiten und Vorführen der bestdressirten Schul- u. Freizeitsperde.  
Ernesto Ciniselli, Direktor.

### Castan's Panopticum.

Riesen-Schlangen-Familie  
aus Carl Hagenbeck's Thierpark.  
Ohne Extra-Entree.  
**Passage-Panopticum.**  
**Grösstes**  
Schau- u. Vergnügungs-Etablissement der Welt.  
Entree 50 Pf.

### Schweizer-Garten.

Am Königsthor.  
Haltestelle der Ringbahn.  
Heute, sowie täglich:  
**Extra-Vorstellung**  
mit neuen Spezialitäten.  
**Garreton-Troupe.**  
**Familie Grunath.**  
**Emmy Bender.**  
**Max Grabow u. f. W.**  
Volksbelustigungen aller Art.  
Täglich:  
Entree 30 Pf. Grosser Ball.

### Victoria-Bräuerei.

Lützowstraße 111-112.  
**Garten resp. Saal** (außer Sonntags)  
Täglich  
**Stettiner Sänger**  
Stets wechselndes Programm.  
Anfang Sonntag 7 Uhr, Wochentags 8 Uhr.  
Entree 50 Pf.  
Vorverkauf-Billets Sonntags keine Gültigkeit.

### Altes Schützenhaus.

Lützenstraße 5, empfiehlt seine Festsäle (500 Personen fassend) zu allen Gelegenheiten. 7986

### Großer Mittagstisch.

50 Pf. mit Bier und Vereinszimmer zu vergeben. 1429 Ludaustr. 2 bei Delfert.

## National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182.  
Sensationelle Novität!  
**Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.**  
Große Ausstattungspoffe mit Gesang und Tanz in 5 Aufzügen von Eugen Brudens. Kouplets v. Lindere. Musik von Adolph Wiedede. Regie: Max Samst.

Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr. — Anfang der Abend-Vorstellung 7 1/2 Uhr.

**Im Garten auf der Sommerbühne:** Novität:  
**Wirkliches Wasser! Wirklicher Regen! Berlin unter Wasser**  
oder: „**Rucipp's Wasserkur**“.  
Poffe mit Gesang und Tanz in 2 Akten von Enny Anders. Regie: Hugo Hummel.

Vorher:  
**Chansonetten-Liebe.**  
Poffe mit Gesang in 1 Akt von Eugen Brudens. Regie: Fritz Schäfer.

**Vor und nach den Poffen:** Auftritte von Spezialitäten 1. Ranges.  
**Neues Programm.**  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Mittwoch, d. 16. August, im Garten: Erstes großes Kinder-Fest u. Trübsel-Fest.

Hippodrom unter Wasser.  
**BERLINER HIPPODROM**  
Am Kurfürstendamm.  
2 Min. von Station Zoolog. Garten.

**Gr. Parade-Vorstellung.**  
Reichhaltiges Programm.  
Olympische Spiele, Damen-Jockey-Rennen, Herren-Fischrennen, Händchen-Rennen, Post mit je 4 Pferden geritten, Quadriga-Fahren etc.  
Neu! Neu!  
**Original Three Johnson's.**  
Athleten und Kraft-Jongleure.  
Nur noch kurze Zeit:  
**Am Strande von Ostende.**  
Gr. Wasser-Pantomime in 12 Bildern Großer prachtvoll. Part von 5 Uhr an: Großes Concert. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Preise der Plätze 4, 3, 2, 1, 0,75 M.  
Jeder Erwachsene hat das Recht ein Kind unter 10 Jahren frei einzuführen.  
Mittwoch: Gr. Extra-Kennntag.

**Gratweil'sche Bierhallen**  
Kommandantenstr. 77-79.  
Täglich von 5 Uhr ab:  
**Grosses Frei-Concert**  
Soubren der feipziger Sängers vom **Prinz-Royal-Palast.**  
Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf., reservirt 25 Pf. Anf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf., reservirt 50 Pf.  
**Anerkannt gute Küche.**  
Salle für Festlichkeiten u. Versamml. Programm unentgeltlich. Carl Koch.

**Etablissement Buggenhagen.**  
Moritz-Platz.  
Täglich: **Gr. Garten-Concert.**  
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Anschank von **Patenhofer Lagerbier**, hell und dunkel.  
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen statt.  
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

**Moabiter Gesellschaftshaus.**  
Alt-Moabit 80 u. 81.  
Täglich:  
**Theater- und Spezialitäten-Vorstellung** sowie Concert.  
Anfang 4 Uhr.  
Entree 30 Pf., reservirt Platz 50 Pf. 4127L\*  
**Helmuth Peters.**

**Zu kaufen gesucht**  
werden:  
**Die „Neue Zeit“** (Dieh. Stuttgart) 2. u. 6., sowie alle übrigen älteren Jahrgänge.  
Alle älteren **Protokolle** der Parteitage und Kongresse vor 1880 (Wgden).  
**Karl Marx**, Kritik der politischen Oekonomie. Berlin 1859.  
**Ad. Strodtmann**, Arbeiterdichtung in Frankreich.  
**J. Ph. Becker**, Der Vorbote. Alle Jahrgänge.  
Offerten mit Preisangabe wolle man an die Parteibuchhandlung: **Verlag des „Vorwärts“**, Berlin SW, Weuthstr. 2, Hof rechts part., einsenden. 414/16

**Kinderwagen.** Größtes Lager Berlins  
Andreasstr. 23. 5 v

Unserm Genossen der Zimmerpolier **Albert Müller** zu seinem heutigen Wiegensfeite ein dreimal donnerndes Hoch, daß die ganze Sophien-Charlottenstraße wackelt. **Albert merkt Du was? Einige Genossen.**

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß am 13. August unser Kollege  
**Karl Boitz**  
nach kurzem Leiden verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 16. August, Nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus, statt. 1431b  
Die Kollegen der Pianoforte-Fabrik **A. Gast & Co.**

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß meine Frau **Lina Barckheimer**, geb. Gierke am 13. August d. J., um 9 Uhr 55 Min. Vorm. nach schwerem Leiden sanft entschlafen ist.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch 16. August, Nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Augustahospital nach dem Sophien-Kirchhof, Freiwalderstraße, statt.  
Um stille Theilnahme bittet im Namen der Hinterbliebenen der tiefbetrübte Gatte. 14286

**Dankagung.**  
Den Kollegen vom Bau Mauerstr. 4, welche meinem verstorbenen Manne die letzte Ehre erwiesen haben, sowie dem Herrn Prediger **Rehboff** für die tröstlichen Worte am Grabe, sage allen herzlichsten Dank. 1419b  
Die trauernde Wittve **Vader.**

**Gauverein Berl. Bildhauer.**  
Dienstag, den 15. August, Annenstr. 16:  
**Versammlung.**  
Tagesordnung:  
Berathung, ob ein Kommerz oder ein anderes Herbstvergügen abgehalten werden soll.  
Der Vorstand. 411/2

**Elysium**  
Landsberger-Allee 40-41.  
Einige Sonntage im Oktober und November sind noch frei u. beabsichtige ich, die Säle an Vereine zur Veranstaltung von Festlichkeiten bei sonstigen Bedingungen zu vergeben.  
1205b **Eduard Koch.**

**Armin-Hallen,**  
Kommandantenstr. 20.  
In dieser Woche — auch Sonntags — abend und Sonntag — noch Säle frei. 1147b

**Th. Boltz' Festsäle,**  
(vorm. G. Feuerstein)  
Alte Jakobstrasse No. 75. [727b  
Gr. u. kl. Säle z. all. Festlichkeiten u. Versammlungen. Conlante Bed. Teleph. Anschl. Amt 1 1082.

**G. Brochnow's Fest-Säle,**  
39, Sebastianstr. 39.  
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Sonnabend großer Saal. Empfehle meine Säle zu allen Festlichkeiten und Versammlungen. 46752

**Stolpe**  
an der Nordbahn.  
Ich empfehle mein gut eingerichtetes  
**Restaurant zum grünen Spinn**  
nebst Gesellschafts-Saal, schönem Garten, Kegelbahn, Familien-Kaffee-tische. Piano steht zur Verfügung.  
NB. Vereine und größere Gesellschaften zum Mittagessen werden gebeten, sich vorher anzumelden.  
46802 **H. Bergemann.**

**Rechtsbureau** des königlichen Amtsrichters a. D. **Alte Jakobstrasse 190.** Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 679b

**Arbeitsmarkt.**  
Arbeiter auf Plüschpantoffel verl. **Ornowicz, Reibelstr. 40.** 1429b  
Kartonsarbeiterinnen, geübte, verlangt **S. Schwandt, Neue Jakobstr. 6.**

1 Zusammenleger wünscht G. Röde und Ko., **Alexandrinenstr. 27.** 1426b

**Junger Arzt**, seit Jahren literarisch und rednerisch für die Partei thätig, sucht in größerer Stadt lohnende Praxis nebst Kassenstelle. Gest. Off. v. Parteigenossen nimmt die Exped. des „Vorwärts“ unter Chiffre „**Arzt**“ entgegen.

**Tüchtiger Mühlenmonteur** zum sofortigen Antritt gesucht. Nachmittags 4-5 Uhr. **Altman, Katerstraße 88.**

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige **Haupt- u. Spezial-Agenten.** Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter **O. P. 2** nimmt die Expedition entgegen. 1053b

## Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 15. d. M., Abends 8 Uhr,  
**Versammlung**  
in **Rech's Säle, Alexanderstr. 27b:**  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Adler** über: „Die bürgerliche Götter-Dämmerung“, 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur **Cassalle-Feier**. 4. Verschiedenes.  
Jedermann hat Zutritt. Um zahlreichen Besuch bittet  
Der Vorstand.  
NB. Mitglieder werden aufgenommen und Beiträge können bezahlt werden bei **Salzwedel, Klosterstr. 83, Wernau, Rosenstr. 30, Thierbach, Friedrichsgracht 12, Wandt, Claudiusstr. 19.**

## Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Den Genossen zur Nachricht, daß die  
**Cassalle-Feier**  
am **26. August** stattfindet. Für Moabit in der Kronenbrauerei, für die übrigen Stadttheile des Kreises in **Weimann's Volksgarten.**  
Billets sind in sämtlichen Zahlstellen, sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.  
Die Zahlstellen des Vereins befinden sich bei:  
**Franz Kleinert, Fenn- und Müllerstr. 1.**  
**Steinbach, Antonstr. 1.**  
**Herrmannschmidt, Moabit, Perlebergerstr. 28.**  
**J. Finneken, Beuststr. 57.**  
**Maabe, Ruppinerstr. 46.**  
240/19

**Joh. Gnadt, Swinemünderstr. 120.**  
**Hilgenfeld, Bergstr. 60.**  
**Emil Schmidt, Treßlow u. Diederichsenstr. 1.**  
**Meinhardt, Pappel-Allee 3-4.**  
**Kalkowski, Roabit, Calovinstr. 1.**  
**E. Lütke, Schwedterstr. 33.**

Der Vorstand.

## Oeffentliche Versammlung des Frauen- u. Mädchen-Bildungsvereins des arbeit. Volkes für Berlin und Umgegend (Filiale Moabit)

am **Mittwoch, den 16. August, Abends 8 1/2 Uhr,**  
im Lokale des Herrn **F. Herrmannschmidt, Perlebergerstr. Nr. 28.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn **Dr. Weigl**: „Gesundheitspflege und die Frau in der heutigen Gesellschaft.“ 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. 411/2  
Um zahlreiches Erscheinen bittet  
Der Vorstand.

## Frauen- und Mädchen-Bildungsverein.

**Mittwoch, den 16. August 1893, Abends 8 1/2 Uhr, im kleinen Saal der „Konkordia“, Andreasstraße 64:**  
**Wander-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag der Genossin **Frau Schulz**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste willkommen. Um pünktliches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

## Große öffentliche Versammlung der Mechaniker, Optiker u. Berufsgenossen im Lokale von Ehrenberg, Annenstr. 16, am Mittwoch, den 16. August cr., Abends 8 1/2 Uhr,

Tages-Ordnung:  
1. Bericht und Abrechnung über den Streit bei der Firma **Gros u. Graf**. 2. Wahl einer Revisions-Kommission. 3. Stellungnahme zu den Delegirtenwahlen der Orts-Krankenkasse der Mechaniker, Optiker etc. 4. Verschiedenes. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
Der Vertrauensmann. 232/18

## Uhren u. Goldwaaren Georg Wagner

Oranienstr. 63, 1.  
in bester Ausführung zu den billigsten Preisen. Silb. Cylinder-Remontoir 12,75 M. Massiv gold. Trauringe, 1 Dukaten 10,50 M., 1/2, Duk. 15,50 M., 2 Duk. 20 M

## Roh-Tabak

**A. Goldschmidt, 4495L\***  
am hiesigen Plage wie bekannt  
**grösste Auswahl!**  
Garantie für sicheren Brand.  
Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämtliche im Handel befindl. Roh-tabake sind am Lager.  
**A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.**

## Louis Naumann,

Leipzig, **Friedrich-Auguststr. 16.**  
Commissions-Buchhandlung  
empfehl ich **Widervorkäufern** zur Lieferung deutscher Bücher, Zeitschriften, Musikalien etc. Bestellungen werden zu **Verlegerrabatt** gegen ganz geringe Provisionsberechnung schnell ausgeführt. Probehefte, Kataloge gratis. 4677L

## Fernrohr

per Stück 3,20 Mark mit 4 Linsen und 3 Auszügen. Vergrößerung 12mal unvor Garantie.  
Preis-Katalog sämtlicher Fernrohre, Feldstecher, Operngläser, Luppen, Compass, Mikroskope u. Musikwerke vera. gratis  
**Kirberg & Comp. Gräfrath-Central b. Solingen.**

## Teppiche!! Gärten!! Steppdecken!!

kauft man am 4601L\*  
billigsten in der Fabrik von **J. Brünn, Markt 4.** Stadtbahnhof Börse. 5225 L  
Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 8525 L  
**Robert Meyer,**  
Nr. 2, Mariannenstraße Nr. 2.  
NB. Um häufigen Verkehr zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

## Extra-Offerte

bei Entnahme von 5 Litern Nordhäuser, echt . . . . . 50 Pf.  
Liquore, Rum, Cognac . . . . . 90  
Großverpackungen 4592L\*  
**63 Andreas-Strasse 63.**  
Sierzu zwei Beilagen.

## Internationaler Arbeiterkongress in Zürich.

Erklärung.

Am 10. August Abends hat in Berlin eine Versammlung der Anarchisten und Unabhängigen stattgefunden, in welcher nach Zeltungsberichten ein Brief des Anarchisten Landauer verlesen wurde, welcher von den größten Unwahrheiten über Vorgänge auf dem hiesigen Kongresse troht.

Zur Steuer der Wahrheit erklären wir:

1. Es ist eine Unwahrheit, wenn Landauer behauptet, daß Singer, der an jenem Tage Präsident des Kongresses war, „Gewaltthaten“ gegen die Vertreter der Anarchisten und Unabhängigen veranlaßt habe.

Die Anarchisten und Unabhängigen haben die ihnen widerfahrene Behandlung durch ihr ungezogenes Benehmen provoziert. Singer als Präsident wurde von den durch die Anarchisten u. provozierten Ständevorgängen ebenso wie der Kongress überrascht und sah sich gezwungen, eine viertelstündige Unterbrechung der Sitzung einzutreten zu lassen. Erst nachdem eine Anzahl Delegirter vergeblich versucht hatte, die Störenfriede zu beschwichtigen, hat Singer auf Anfrage eines Mitgliedes des Züricher Organisationskomitees, was nun geschehen solle, die Weisung ertheilt, die Störenfriede zu entfernen.

2. Es ist weiter eine Unwahrheit behauptet, Bebel habe geäußert: es sei doch nöthigfalls für handfeste Leute gefogert. Eine solche Bemerkung in dem von Landauer behaupteten Sinne ist nicht gefallen, sie konnte nicht fallen, weil sie unsinnig gewesen wäre.

Es lag für eine solche Keufherung eben so wenig ein Grund vor, wie für die dritte Behauptung Landauer's, daß deutsche Delegirte den Polizeidirektor Vogelzang zum Schutz gegen die Anarchisten und Unabhängigen anrufen hätten.

Es wäre in der That der Gipfel der Lächerlichkeit gewesen, wenn aus der großen Majorität des Kongresses heraus solche Schritte gemacht worden wären. Mit den 10 Mann Anarchisten und Unabhängigen fertig zu werden, dafür bedurfte es wahrhaftig keiner Anstrengungen. Die grenzenlose Annäherung, durch welche die Herren Anarchisten und Unabhängigen sich überhaupt auszeichnen, ward auch auf dem hiesigen Kongresse beibehalten, und wenn sie dafür in ungewöhnlicher Weise behandelt wurden, so bedauern wir das im Interesse unserer Sache, aber verdient haben die Herren die ihnen gewordene Behandlung im vollsten Maße.

Zürich, den 12. August 1893.

Bebel, Fischer, Singer,  
B. Liebknecht.

Zürich, 11. August 1893.

Neunte Sitzung, Freitag Nachmittag. (Schluß.)

Vandervelde (Belgien) begründet die bereits gestern mitgetheilte Resolution zu der Frage der Taktik der Sozialdemokratie.

Vandervelde (Belgien) (Uebersetzung von Liebknecht): Der Kommission haben viele Vorschläge vorgelegen, ich will die nicht berühren, welche nicht in der Resolution Aufnahme gefunden haben, erwähnen will ich nur, daß der detaillirte Vorschlag Alleman's bezüglich der direkten Gesetzgebung nicht deshalb angenommen worden ist, weil er auf prinzipielle Gegnerschaft gestos, sondern weil er in der Form über den Rahmen einer solchen Resolution weit hinausging. Dann lagen noch zwei Resolutionen der Holländer vor, die eine Stellung zu den Anarchisten, die zweite Stellung zum Staatssozialismus nehmend. Auf den ersteren Punkt sind wir deshalb nicht eingegangen, weil durch die Haltung des Kongresses unsere Stellung zu den Anarchisten bereits scharf umgrenzt ist; auf den zweiten Punkt gingen wir deshalb nicht ein, weil diese Resolution nur in deutscher Sprache vorgelegen hatte und deshalb nicht diskutiert werden konnte und weil andererseits diese Frage wichtig genug ist, um den nächsten Kongress zu beschäftigen. Die Resolution wurde sodann in ihrer gegenwärtigen Fassung einstimmig angenommen.

Es wurde festgestellt, daß die parlamentarische Taktik nur ein Mittel zum Zweck sein könne, der Hauptzweck ist die Emanzipation des Proletariats, aber um dies zu erreichen, sind auch andere Mittel notwendig als der Parlamentarismus allein, vor allem auf dem Gebiet der Gewerkschaftsbewegung und der Organisation des Massenbewussten Proletariats. Die Gewerkschaftsbewegung ist selbst bei einer starken politischen Agitation durchaus unentbehrlich, denn ohne eine vollkommene Arbeiterorganisation ist es unmöglich, die Durchführung der Arbeiterbestimmungen zu überwachen. Jeder Arbeiter muß ein eigener Fabrikinspektor sein, das kann er aber nur sein, wenn eine starke Organisation hinter ihm steht. Die Gewerkschaftsbewegung steht in derselben Reihe mit der politischen Aktion. Es wäre demnach verfehlt, wollte man die eine oder die andere Thätigkeit in den Hintergrund drängen; so können wir auch den Standpunkt nicht billigen, die politische Betätigung zu gunsten der Gewerkschaftsbewegung vollständig zu vernachlässigen. Wir fordern vielmehr durch unsere Resolution die Arbeiter aller Länder auf, von ihren politischen Rechten Gebrauch zu machen, wo sie dieselben besitzen, sie mit allen Mitteln, die ihnen zu Gebote stehen, zu erobern, wo sie sie noch nicht besitzen aber nur zu dem Zwecke, sich die politische Macht zu erobern zur Befreiung des Proletariats von der Herrschaft des Kapitalismus.

Es ist geltend gemacht worden, daß die Arbeiterschuh-Gesetze nichts schützen, daß sie den Arbeitern nichts nützen und daß es demgemäß nutzlose Mühe sei an der Ausgestaltung der Arbeiterschuh-Gesetzgebung mitzuarbeiten. Demgegenüber aber steht doch das Zeugnis der englischen Gewerkschaftsbewegung. Durch ihre Agitation für die Gehaltsbestimmungen ist es gelungen, eine physische und moralische Hebung der Arbeiterklasse anzubahnen; aber das ist gerade das, was wir von der Arbeiterschuh-Gesetzgebung wollen.

Wir verkennen nicht die Gefahren der Korruption durch den Parlamentarismus, da zu den unnatürlichsten Kompromissen, selbst zum Prinzipienverrath führt. Aber diese Gefahr der Korruption liegt nicht im Parlamentarismus selbst begründet, sondern darin, daß die Parlamente sich in der Hand der Bourgeoisie befinden, gelangen die Parlamente erst in die Hand des befreiten Proletariats, so ist der Korruption die Wurzel untergraben. Weil wir aber die Gefahren des Parlamentarismus in der bürgerlichen Gesellschaft erkennen, haben wir gewisse Garantien gestellt, indem wir verlangen, daß diejenigen Arbeitervertreter, welche in die Parlamente kommen, gewisse Bedingungen erfüllen. Sie dürfen im Klassenkampf unter keinen Umständen außer Auge lassen, daß keine Kompromisse mit bürgerlichen Parteien eingegangen werden dürfen, durch welche auch nur ein Tauschen von dem Klassencharakter des Proletariats verloren gehen könnte. Nur so kann der Sieg des Proletariats erzielt werden, wenn nicht der Kapitalismus vernichtet zu Boden geschmettert wird, kann das Proletariat nicht triumphieren; aber jeder Kompromiß hält die Vernichtung des Kapitalismus auf.

Freiheit — Gleichheit — Brüderlichkeit — diese Forderung

hat die heutige Gesellschaft schon aufgestellt. Aber diese Dreieinigkeit ist in der heutigen Gesellschaft nur eine Füge. Die einzige Partei, welche diese Worte verwirklicht hat und auch nur verwirklichen kann, ist die Partei des Proletariats — Gleichheit in den wirtschaftlichen Verhältnissen alles dessen, was Menschenanständig trägt, Brüderlichkeit in der moralischen Welt.

Die Frage der Kompromisse und Allianzen hat in der Kommission zu heftigen Debatten geführt, aber man gelangte schließlich zu voller Einigkeit. In denjenigen Ländern, in welchen die proletarischen Parteien voll entwickelt sind, wo die Parteien stark dastehen, bedeutet jeder Kompromiß einen Verrath an der Arbeiterklasse; aber es wurde in der Kommission geltend gemacht, daß in den Ländern, in welchen die Arbeiterparteien wenig stark entwickelt seien, wo das allgemeine Wahlrecht nicht vorhanden ist, das strikte Verbot jedes Kompromisses mit bürgerlichen Parteien den Arbeitern die Hände fesseln würde. Deshalb hat sich die Mehrheit der Kommission entschlossen, an diese Länder eine gewisse Konzession zu machen, indem sie die Allianzen mit bürgerlichen Parteien den Arbeitern nicht vollständig verboten hat, aber unter der ausdrücklichen Bedingung, daß durch einen solchen Kompromiß nicht die geringste Konzession gemacht werden dürfe, welche von den Prinzipien der Arbeiterklasse auch den kleinsten Theil verwerfen würde. Hier ist es nun Sache der einzelnen Nationen, dafür zu sorgen, daß diese Bestimmungen überall befolgt werden. Das Proletariat ist eins in allen Ländern in seinem Kampfe gegen den Kapitalismus. Das dieser Kampf weit länger sein wird, weil furchtbarer und mehr Opfer erfordert wird, als je die Klassenkämpfe zuvor, das wissen wir lange, und auch das wissen wir, daß der politische Kampf wie der wirtschaftliche manche Enttäuschung bringen wird und es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß die Machtfrage nicht auf dem Boden der Parlamente entschieden werden wird, denn die Parlamente, wie sie heute existieren, fälschen den Willen des Volkes. Um die Gesetzgebungsmaschine möglichst in Uebereinstimmung mit dem Willen und den Bedürfnissen des Volkes zu bringen, um den Widerspruch zwischen dem Willen des Volkes und den Beschlüssen der Parlamente zu beseitigen, um den jungen Brönnen der Volkssouveränität zu stärken, sind wir in der Kommission übereingekommen, die Einführung der direkten Gesetzgebung, des Vorschlags- und Berufungsbrechtes durch das Volk anzustreben. Wir haben es ja erst vor kurzem in Deutschland gesehen, wie die Parlamente den Willen des Volkes fälschen und zwar erst lehtin bei den Wahlen. Das Volk erklärte sich gegen die Militärvorlage, das von dem Volke gewählte Parlament aber nahm sie trotzdem mit Mehrheit an. Durch Einführung von Referendum und Volksinitiative wäre ein solches Vorkommniß gänzlich unmöglich gemacht.

In Uebereinstimmung mit den Anschauungen einzelner Kommissionsmitglieder wurde dann weiter noch Nachdruck auf das Proportional-Wahlrecht gelegt, welches verhindern soll, daß die Minoritäten vergewaltigt werden.

Schließlich habe ich noch im Namen der österreichischen Delegation dem Bunde Ausdruck zu geben, daß der Kongress durch eine einmütige Sympathie-Erklärung an die österreichischen Genossen, welche jetzt im Kampfe um das allgemeine Wahlrecht stehen, den österreichischen Arbeitern seine moralische Unterstützung verleihen möge. Durch eine einmütige angenommene Resolution werden wir sie in ihrem Beginnen fördern, werden wir ihren Sieg erleichtern, der gleichzeitig ein Sieg des genannten Proletariats ist.

Noch ein Wort: Wir haben im Anfang des Kongresses Debatten gehabt, welche die Gegner hoffen ließen, als ob unter uns keine Einigkeit herrsche; es gab Szenen, die den Anschein erweckten, als ob einzelne Nationen sich freuen, wenn eine andere Nation eine kleine Niederlage erlitten. Verzeihen wir diesen Eindruck, zeigen wir der Welt der Gegner, daß wir einig sind, daß wir nur einen Feind kennen, und wir bekunden diese Einigkeit am besten, am deutlichsten durch einstimmige Annahme der eingebrachten Resolution.

Wiegen spricht für die Majorität der Holländer. In der Resolution der Kommission sind unsere Forderungen größtentheils aufgenommen; nur ein Punkt befriedigt uns nicht. Dagegen sind wir einverstanden, daß auch der ökonomische Kampf aufgenommen wurde. Politische Aktion kann immer nur ein Mittel sein, die ökonomische Macht für die Arbeiterklasse zu erlangen. Die Ökonomie beherrscht die Politik, nicht umgekehrt. Dieser Gedanke war in der Resolution der Deutschen nicht enthalten. Das Kennzeichen des Possibilismus ist, daß ein Mittel zum Zweck erhoben wird. In einigen Ländern handelt man possibilistisch, wenn man es auch nicht sagt, und nicht schreibt. Wir verwerfen den Parlamentarismus nicht, aber wir wollen ihn einschränken. Manches Gute liegt in der politischen Aktion, Wahlzeiten sind Agitationszeiten. Das allgemeine Stimmrecht bietet ein gutes Mittel zur Organisation. Das Böse am Parlamentarismus ist die Korruption. In der Kommission hat Alleman die Folgen des Parlamentarismus in sehr dunklen Farben gezeichnet. Aber nicht nur bei den Gewählten, auch bei den Wählern bricht die Korruption hervor. Um die Kandidaten durchzusetzen, macht man Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien. Man verhält die Prinzipien der Partei und verfolgt nur die Augenblickszwecke. Ich habe keine Zeit, meine Behauptungen mit Thatfachen zu belegen, diese sind aber da. (Rufe: Per damit.) Was ich sagte, gilt nicht bloß von Deutschland, sondern auch für England und Frankreich. Und so ist es in der ganzen Welt. Vor zwei Jahren haben wir in Brüssel den Standpunkt des Klassenkampfes akzeptirt; auf dem Boden des Klassenkampfes giebt es keinen Kompromiß. — Sehr viel Freude hat uns die Aufnahme der direkten Gesetzgebung gemacht. Wir haben ein bestimmtes Mandat, für unseren Antrag zu stimmen; wir können also nicht für die Resolution der Kommission, aber auch schlecht dagegen stimmen, deshalb werden wir uns der Abstimmung enthalten.

Die holländische Resolution lautet:

Der Kongress,

in Erwägung, daß, wenn die Regierungen dazu übergehen, durch Arbeiter-Reformgesetze keine Verbesserungen in der Lage der arbeitenden Klasse herbeizuführen, sie dies nur unter der Bedingung thun können und werden, daß diese Verbesserungen unter ihrer Aufsicht zur Ausführung kommen;

in Erwägung, daß solche Verbesserungen zur Reglementierung der Arbeit von Regierungen wegen und zur Stellung der Arbeiter unter obrigkeitliche Vormundschaft führen, kurz, aus einem Staatssozialismus bringen, welcher seinen Charakter als Staatssozialismus auch dann beibehält, wenn die Regierer durch das allgemeine Wahlrecht gewählt werden;

in Erwägung endlich, daß eine dauerhafte Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen nicht möglich ist auf dem Boden des Privateigenthums an den Produktionsmitteln;

erklärt:

daß es die Aufgabe der Arbeiter aller Länder sein muß, bei der Regelung des Arbeitsvertrags das Prinzip der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung für die in Betracht kommenden Arbeiter zu vertheiligen und so alle zur Unterdrückung der Arbeiter bestimmten Waffen umzuschmieden in Waffen für die Befreiung der Arbeiter;

erklärt weiter, daß Verbesserungen in der Lage der Arbeiter innerhalb der heutigen Gesellschaft von den Arbeitern nur im Sinne einer Verbesserung ihrer Kampfstellung willkommen gehen werden können, und zwar als ein Mittel zur besseren Organisation und zur leichteren Durchführung der Expropriation der besitzenden Klassen.

Wegen allgemeiner Abspannung infolge der großen Hitze und schlechten Ventilation im Saal fällt die Abend Sitzung aus und wird die Sitzung um 7 Uhr abgebrochen.

Zehnte Sitzung, Sonnabend Vormittag 8 Uhr.

Den Vorsitz übernimmt die Genossin Kalischoff (Maastrand). Man werde von ihr keine lange Rede erwarten; Disziplin, Toleranz, Ruhe — das sind die Forderungen, die wir heute stellen müssen.

Als erster Redner spricht Liebknecht: Es erfüllt uns mit freudiger Genugthuung, daß nach den heftigen Verhandlungen der ersten Tage sich nun eine wunderbare Harmonie in der Frage des Parlamentarismus herausgestellt hat. Gegen den Antrag der Holländer besteht keine prinzipielle Gegnerschaft. Wir akzeptiren ihn nur deshalb nicht, weil wir uns mit dem Staatssozialismus auf einem neuen Kongress auseinandersetzen wollen. Wiegen hat gestern seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß auch wir den Standpunkt vertreten, die politische Aktion sei nur Mittel zum Zweck. Das hat uns so recht gezeigt, wie das kleinliche, unbrüderliche Gefühl gegen uns entstanden ist. Man macht sich von der deutschen Bewegung eben falsche Begriffe. Ich habe mit Genugthuung den Holländern zu erklären, daß in unserem Programm der Grundgedanke des Klassenkampfes klar und deutlich ausgesprochen ist. Im Programm der Internationalen, im Programm, das sich unter erster Kongress in Nürnberg im Jahre 1868 gab, ist dieser Passus schon aufgenommen. Wir können uns Glück wünschen, daß der Kongress nach heftigen Auseinandersetzungen über die Mythen zur Klarheit gekommen ist, die über uns Deutsche von der Bourgeoisie und der Polizei angehaucht worden sind, als ständen wir nicht mehr auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes. Unser Programm ist das radikalste von allen Programmen der Bruderparteien. In keinem anderen Lande der Welt herrsche eine solche Klarheit über diesen Punkt, wie bei uns. Diejenigen, die uns angreifen, haben erst von uns gelernt. (Beifall.) Auch über die Frage der Taktik ist gesprochen worden. Die Taktik ist keine Frage des Prinzips, sondern eine der Praxis. Es giebt keine revolutionäre und keine reaktionäre Taktik, sondern nur eine Taktik zu revolutionären oder reaktionären Zwecken. Nach den Verhältnissen richtet sich die Taktik. Wenn an einem Tage sich vierundzwanzigmal die Verhältnisse ändern würden, würden wir vierundzwanzigmal unsere Taktik ändern. (Zustimmung.) Nach dem Verhalten der Gegner richtet sich unsere Taktik. Gäbe es in Deutschland russische Zustände, dann würde uns deutschen Sozialdemokraten nichts anderes übrig bleiben, als die Taktik der Rüstisten! (Stürmischer Beifall.) Dem Streit über die Taktik liegt eine Verwechselung von Ursache und Wirkung zu Grunde. Uns Ziel handelt es sich! Bei den Zuständen, wie sie in Deutschland herrschen, ist es unsere Ansicht, die von allen Bruderparteien, mit Ausschluß der Holländer, in der Kommission getheilt wurde, daß wir verpflichtet sind, alle diejenigen Mittel, die Staat und Gesellschaft uns zur Verfügung stellen, anzuwenden gegen diesen Staat und gegen diese Gesellschaft. Das wir das allgemeine Wahlrecht benutzen, darin sind auch die holländischen Genossen mit uns einverstanden. Nur die Ausübung der parlamentarischen Thätigkeit wollen die Holländer beschränken. Wir sollen nur protektiren im Parlament, weil der Vertretungskörper reaktionär sei und die Theilnahme an seinen Arbeiten zu Kompromissen und zur Korruption führe. Auch hier liegt eine Verwechselung des Thatbestandes vor. Ebenso wenig wie es eine revolutionäre oder reaktionäre Taktik giebt, ebenso wenig ist die Staatsmaschinerie an sich reaktionär. Sie ist nichts als ein Werkzeug zur Ausübung der Macht, eine gewalttätige, schneidende Waffe. Wenn mich ein Feind mit der Waffe angreift, so werde ich nicht dadurch seiner Herr, daß ich die Waffe verachte, ich werde sie ihm zu entwenden trachten, wenn ich sie nicht an eigenen Leibe empfinden will. Die Macht, die uns gegenübersteht, können wir nur dadurch besiegen, daß wir ihr das gewaltige Schwert entreißen! (Bravo!) Um einen Kampf um die Macht handelt es sich, und dieser Kampf muß auf politischem Boden gesocht werden, um die Gesetzgebungsmaschinerie in die Hand zu bekommen, die unsere Gegner seit hundert Jahren in raffinirter Weise zur Unterdrückung und Ausbeutung des Proletariats anwenden. (Cornelissen-Holland ruft: Lesen Sie das kommunistische Manifest!) Das haben wir gelesen, ehe Sie noch auf der Welt waren! Ich wünsche dem holländischen Genossen nur, daß er es verstehen lernt. (Lebhafter Beifall.) Die Frage der Korruption ist eine Frage der Organisation der Partei! Die Engländer haben noch keine starke Partei-Organisation, deshalb konnte dort Korruption bei einzelnen Führern, die sich von den Gegnern bestechen ließen, vorkommen. Bei uns wäre ein solcher Abgeordneter sofort ein todtter Mann, ausgestoszen mit Schimpf und Schande aus der Partei. (Lebhafter Beifall.) Nur in einem Punkt herrsche Meinungsverschiedenheit in der Kommission. Es war bei der Frage der Kompromisse mit bürgerlichen Parteien. Wir Deutsche sind gegen jedes Kompromiß. Wir wollten der betreffenden Stelle in der Resolution die schärfste Fassung geben, die jede Allianz mit bürgerlichen Parteien ausschließt. In der Kommission wurde aber geltend gemacht, daß in einzelnen Ländern, wo die Partei noch jung ist, die Verhältnisse so lägen, daß sich gelegentlich ein Kompromiß nicht zurückweisen ließe. Da wir nicht glaubten, das Recht zu haben, den Genossen derjenigen Länder, in denen ein Kompromiß möglich ist, ihre Taktik vorzuschreiben, billigten wir ein Kompromiß aber nur unter der Bedingung, daß die Unabhängigkeit der Partei und die Reinheit des Prinzips dadurch nicht verletzt würden. In Deutschland ist jedes Kompromiß unmöglich. (Beifall.) Wären alle Länder so einig wie Deutschland in dieser Frage, dann brauchte sie den Kongress gar nicht erst zu beschäftigen. Die Differenzen, die zwischen uns lagen, waren nicht prinzipieller Natur, das trat sofort zu Tage, sobald die Völker der revolutionären Phrasen, die sich dazwischen geschoben, verwehrt waren. Die Sozialdemokratie muß sich emanzipiren von der Phrase! (Lebhafter Beifall.) Die revolutionäre Phrase allein hat allen Stempel verursacht. Brüderlich soll man fühlen für den Freund, der schweigt und blutbedeckt aus heißer Schlacht kommt, nicht nach irgend welchen Bösen bei ihm spähen! Freilich — wer nichts zu thun hat, der macht auch keine Fehler. (Stürmischer Beifall.) In der Hitze des Kampfes kann ein Schritt leicht nach rechts oder links gehen werden, der von der Linke abweicht. Aber die Marschroute muß die richtige sein. Die Marschroute der deutschen Bewegung ist klar und bestimmt, sie wird jetzt durch diese Resolution der gesamten internationalen Arbeiterklasse empfohlen. Nehmen Sie die Resolution einstimmig an. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Ellenbogen (Wien): Wenn auch wir Oesterreicher die Gefahren des Parlamentarismus nicht verkennen, so sind wir doch einverstanden mit der vorgeschlagenen Resolution. Bei uns bedeutet der Ausschluß der Arbeiterklasse aus den gesetzgebenden Körperschaften für die herrschenden Klassen ein wohlthätiges Dunkel, unter dem sie ihren Herrschaftsgelüsten fröhnen.

Wir brauchen den Parlamentarismus dazu, um unsere Bourgeoisie, die sich in einzelnen Theilen unseres Landes so gebildet, wie wenn Oesterreich in Wien Wge. zu zwingen, wenigstens ihre eigenen Gesetze zu achten. Wir wollen den Klassenkampf in das Parlament hineintragen, das wissen die herrschenden Klassen und deshalb liegt es ihnen so am Herzen, uns von den Parlamenten auszuschließen. Wir brauchen den Parlamentarismus weiter — und hier stehen wir im Gegensatz zu Holland — um in den Parlamenten die wirksamste Propaganda zu treiben, die man sich denken kann. Wandervelde sprach gestern, daß vielleicht in gewissen Sinne Kompromisse notwendig seien, wir Oesterreicher sehen dagegen auf dem Standpunkt, jeden Kompromiß mit voller Entschiedenheit zu verwerfen.

In diesem Sinne stellen wir den Antrag, daß der Kongreß den Augenblick für gekommen erachtet, wo in allen Ländern eine allgemeine Bewegung zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechtes für beide Geschlechter inszeniert werden müsse. Wir sehen bereits in dieser Bewegung und die Erfolge, die Belgien erzielt hat, haben unserer eigenen Bewegung einen mächtigen Nachdruck gegeben und nicht bloß bei unsen Arbeitern, sondern auch bei den herrschenden Klassen. Nehmen Sie unsere Resolution an, so werden sie die österreichischen Arbeiter auf das wirksamste unterstützen.

Lurati (Mailand) tritt Wandervelde entgegen und bestreitet, daß Kompromisse bei kleinen Parteien angebracht seien. Im Gegentheil, eine starke und mächtiggeschlossene Partei könne weit eher einen Kompromiß mit bürgerlichen Parteien abschließen, ohne Gefahr zu laufen, etwas an ihrer Bedeutung einzubüßen, während gerade die jungen und schwächeren Parteien eifersüchtig darauf bedacht sein müssen, ihre prinzipielle Stellung in vollstündigster Reinheit zu erhalten.

Cahan (Amerika). Wir sind für die vorgelegte Resolution und wir haben auch danach bisher gehandelt, bei der letzten Präsidentenwahl wurden bereits 23000 sozialistische Stimmen abgegeben. Aber wir verlangen weiter, daß in den Parlamenten nicht bloß propagandistische Arbeit, sondern auch wirklich praktische Arbeit geleistet werden solle. Wir können eine wirksame Propaganda nur dann entfalten, wenn wir auch durch politische Arbeit den Massen etwas bieten. Das beweissträchtige Beispiel ist Deutschland. Gätten die Deutschen bei der Militärwahl einfach nur prinzipiell protestiert, so hätten sie die Massen in Verwirrung gebracht; so haben sie positiv gearbeitet und Tausende von Anhängern neu gewonnen. Das nun die Gefahr der Korruption betrifft, so hat Niemwenhuis als ehemaliger Parlamentarier den besten Beweis vom Gegenteil geliefert, aber auch Liebknecht und Bebel sind nicht korrupt geworden.

Klémané (Paris) verteidigt seinen Vorschlag betreffend direkte Gesetzgebung, da er aber infolge beschränkter Meidezeit nicht aussprechen kann, verläßt er unter Protest den Saal.

Die Holländer beantragen den Kongreß nach diesem Traktandum zu schließen und die nicht erledigten Punkte einem neuen Kongreß zuzuschicken. Nach dem Amendement, daß noch die Agrarfrage und die Gewerkschaftsfrage behandelt werden solle, beschließt der Kongreß mit 9 gegen 8 Nationen dem Antrag Hollands zuzustimmen.

Camusau (Pariser Gemeinderath): Auch seine Gruppe sei für die parlamentarische Aktion; es sei höchste Zeit, daß die Arbeiter den ständlichen Vorgängen in den kapitalistischen Parlamenten und Regierungen ein Ende machen. Er verwies auf die Panama-Affäre, den Ueberfall der Arbeiterbrüder. Mit diesem Parlamentarismus müsse aufgeräumt werden, auch mit den ertrunkenen Mitteln, wenn kein anderes Mittel bleibe: durch Proklamierung der sozialen Revolution.

Guelch (Sozialdemokr. Föderation London): Die Arbeiterparteien müßten unabhängig von allen bürgerlichen Parteien politische Aktion treiben. Aber sie dürften nicht das einzige Mittel bilden, auch der wirtschaftliche Kampf der Gewerkschaftsorganisation müsse betont werden. Viele englische Gewerkschaften lieben das Wort „Revolution“ nicht, aber in der Sache Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft sind alle einig. Mit den Kompromissen mit bürgerlichen Parteien haben die Engländer die bittersten Erfahrungen gemacht, die Kompromisse haben geradezu verhängend gewirkt, so daß die englische Delegation sich ganz entschieden gegen jeden Kompromiß erklären muß.

Bei der Abstimmung erklären sich 18 Nationen für die Kommissions-Resolution, Holland enthält sich der Abstimmung, Norwegen fehlt. Die Abstimmung wird mit großem Jubel angenommen.

#### Zur Diskussion gelangt die Agrarfrage.

Jacard (Paris) begründet als Berichterstatter in kurzen Worten die Resolution. Diese Kommission konnte nur eine allgemeine Fassung beschließen, aber die Frage ist so hochwichtig, daß man das System der Nichtbeachtung aufgeben muß. Die Wahlen in Deutschland haben einen starken Zuwachs von Stimmen der Landproletarier ergeben; in Frankreich sind sozialistische Gemeinderäthe von Bauern gewählt worden. Er bitte folgende Resolution einstimmig anzunehmen. Diese lautet:

**Resolution.**  
Der Kongreß bekennt sich zum Grundsatz des Gemeineigentums an Grund und Boden.

Der Kongreß erklärt es für eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie aller Länder, auch die landwirtschaftlichen Arbeiter neben den industriellen zu organisieren und in die Kampfesreihen des universellen Sozialismus einzugliedern.

Der Kongreß beschließt, daß alle Nationalitäten dem nächsten Kongreß einen Bericht vorlegen sollen über die Fortschritte der Landagitatorik und über die agrarischen Verhältnisse in den betreffenden Ländern. Die Berichte sollen besonders die Verhältnisse, welche Stellung, welche Mittel und welche Methode der Agitation die Sozialisten am geeignetsten halten für die Verhältnisse ihrer Länder, für das Proletariat, die Kleinrentner, die Pächter u. s. w.

Der Kongreß beschließt, daß die Agrarfrage wegen ihrer entscheidenden Bedeutung und weil sie auf den bisherigen Kongressen nicht genügend behandelt wurde, auf der Tagesordnung des nächsten Kongresses in erster Linie stehen soll.

Die Annahme erfolgt per Akklamation einstimmig.

Zur Behandlung gelangt Punkt 6:

#### Nationale und internationale Ausgestaltung der Gewerkschaften.

Als Berichterstatter begründet Cim (Hamburg) die in den einzelnen Absätzen der Resolution niedergelegten Anschauungen. Gegen internationale Gewerkschaftsverbände wie sie ein Gegenantrag fordere, spreche für Deutschland die Verschiedenartigkeit und reaktionäre Gestalt der Vereinsgesetzgebung. Bei den Arbeiterssekretariaten empfehle sich, sie nach Verufen zu organisieren und ein Land als Vorort mit der Anrechtserhaltung der Verbindung zu betrauen. In Deutschland befände wohl eine starke politische Bewegung, aber leider sei die gewerkschaftliche Bewegung und Organisation noch sehr schwach. Ursache sei die wirtschaftliche Krise und Mangel an Ueberbrennraum. Die englischen Tradesunions haben auf diesem Kongreß sich unserer Taktik angeschlossen; wir, die wir ihre gewerkschaftliche Organisation bewundern, wollen das Versprechen abgeben, auch ihnen nachzuweisen auf gewerkschaftlichem Gebiete. Sind die Arbeiter politisch geklärt, und auch gewerkschaftlich gut organisiert, so wird es leicht sein, das große Ziel zu erreichen, dem wir alle zustreben. Er bitte um Annahme folgender Resolution:

Unter Bezugnahme und Anerkennung der auf dem Brüsseler Kongreß im Jahre 1891 über Streiks und Boykotts beschlossenen Resolution, beschließt der Internationale Sozialistische Arbeiterkongreß 1896 in Zürich:

Den Kampf der Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem Gebiet einheitlich und wirkungsvoll gestalten kann nur die Arbeiterorganisation. Nicht aller klassenbewußten Arbeiter ist es, sich ihren respektiven Organisationen anzuschließen, Pflicht der poli-

tischen Arbeiterpartei und der Arbeiterpresse ist es, die Organisationen der Arbeiter auf gewerkschaftlichem Gebiet mit aller Energie zu fördern; die Gewerkschaften sind berufen, die Pfeiler der künftigen Organisation der Gesellschaft zu bilden und ist deren Ausbau deshalb neben der Erringung der politischen Macht der Arbeiterklasse eine absolute Notwendigkeit.

Die vereinten Anstrengungen der Kapitalistenklasse, die Arbeiter in ihrer Lebenshaltung zurückzubringen, gebieten einen größern Zusammenfluß der Kräfte auf gewerkschaftlichem Gebiete, die Pflege der Zusammengehörigkeit und der Gemeinsamkeit der Interessen sämtlicher Arbeiter aller Branchen und Länder, ohne Rücksicht auf Religion und Volksabstammung; der thätigsten gegenseitigen Unterstützung derselben in allen Kämpfen gegen den Kapitalismus.

Der Kongreß empfiehlt zu diesem Zweck:

1. die Gründung von nationalen Verbänden der gleichen Berufe;
2. den Abschluß von internationalen Vereinbarungen zwecks gegenseitiger Hilfeleistung;
3. die Errichtung von nationalen Arbeiterssekretariaten der einzelnen Arbeitsbranchen, bei denen alle Verbände beteiligt sind; denselben wird es zur Pflicht gemacht, alle Nachrichten von Bedeutung über die Arbeiterbewegung, Streiks und Ausschlässe, sowie die Jahresberichte der einzelnen Gewerkschaften gegenseitig auszutauschen;
4. zwecks einheitlicher Organisation des Arbeiternachweises sollen die Gewerkschaften in allen Plätzen die Errichtung von Arbeitsbüros von den Gemeinden verlangen, deren Leitung einzig und allein den organisierten Gewerkschaften der betreffenden Stadt zu übertragen ist.

Was speziell Amerika und Australien anbelangt: In Erwägung, daß die Entwidelung des Kapitalismus in diesen ausgebreiteten Ländern ein Stadium erreicht hat wo die rein ökonomische Organisation der Arbeiterklasse absolut ohnmächtig werden wird, wenn sie nicht sofort durch die politische Aktion auf der Grundlage der internationalen sozialistischen Bewegung ersetzt wird;

in Erwägung ferner, daß deren wachsende Bedeutung in der ökonomischen Welt, wie auch der kosmopolitische Charakter dieser beiden Länder zur Lebensfrage sind für die Existenzbedingungen des europäischen Proletariats und den Fortschritt der sozialen Revolution;

verlangt der Kongreß mit Nachdruck, daß die Arbeiterorganisationen Amerikas und Australiens sich nicht nur mit den betreffenden europäischen Organisationen in Verbindung setzen nach abgezeichnetem Plan, sondern daß sie namentlich sich losmachen von den politischen Bourgeoispartei und ebenfalls große sozialistische Arbeiterparteien bilden und damit mit ihren Brüdern Europas zur Befreiung der Arbeiterklassen schreiten.

Auf Antrag der italienischen Delegation, welche — sich befüßigend mit dem unheilvollen ausgeübten Einfluß seitens der Emigration und die Konkurrenz der fremden nichtorganisierten Arbeiter auf die sozialistischen und Arbeiterorganisationen der verschiedenen Länder, der Herabdrückung der Löhne, Verhinderung von Streiks bewirkt und öfters zu unangenehmen Konflikten Veranlassung gibt — ersucht alle sozialistischen Parteien und Arbeiterverbände der Länder, in welchen diese „unpolare Konkurrenz“ stattfindet, die sozialistische Propaganda oder wenigstens den Widerstand bei den Eingewanderten zu verbreiten und bietet überdies jede den italienischen Sozialisten zur Verfügung stehende Hilfe an, besterhe sie in Ertheilung von Informationen über die italienische Emigration, besterhe sie in Verbreitung von entsprechenden in der Sprache der Emigranten geschriebenen Proschriften oder in einer speziellen in den Hauptzentren der Emigration zu veranstaltenden Propaganda, möge der Kongreß folgendes, die allgemeine Bedeutung der vorgelegten Thatsachen berücksichtigend, beschließen:

Es ist notwendig, daß in Ländern, in welchen die von der Konkurrenz der eingewanderten, den Gewerkschaften nicht angehörenden Arbeiter verursachten Uebel fühlbar werden, die sozialistischen Parteien und Arbeiterverbände daran arbeiten, die Propaganda der Organisation des Proletariats und der internationalen Solidarität zu verbreiten.

Die sozialistischen Parteien und die Verbände der Gewerkschaften der erwähnten Nationen werden sich um jede Berichterstattung und Hilfe, sei es direkt, sei es durch Vermittelung der nationalen Arbeiterssekretäre, wo solche bestehen, an die zentralen Vertretungen der Verbände und entsprechenden Parteien der Länder, von welchen die Einwanderung herrührt, wenden.

Volders bringt einen mit zahlreichen Unterschriften versehenen Gegenantrag ein, der von gleichen Gesichtspunkten ausgeht, aber die formelle Gründung internationaler Verbände zur Bedingung macht. Die Abstimmung ergibt 12 Nationen für den Volderschen Antrag, 6 Nationen für den Antrag der Kommission, drei enthalten sich.

Damit ist die Tagesordnung, nach dem angenommenen Antrag der Holländer, erledigt.

Als nächsten Kongreßort für 1896 schlägt Hobson im Auftrag der englischen Delegation London vor; man werde dann dort sehen, daß die sozialistische Bewegung in England viel weiter vorgeschritten sei, als man allgemein annehme.

Singer erklärt, die Deutschen nehmen die englische Einladung mit Freuden an, wünschen aber, daß der Kongreß erst auf 1896 berufen werde.

11 Nationen stimmen für 1896, 8 für 1895. Damit ist der nächste Kongreß für 1896 nach London einzuberufen.

Die österreichische Delegation stellt folgenden Antrag:

Der Kongreß beschließt: Es ist die Zeit gekommen, in der das Proletariat in allen Ländern, wo das allgemeine Wahlrecht noch nicht besteht, einen Vorstoß unternehmen muß zur Erlangung des Wahlrechts für alle Mündigen, ohne Unterschied des Geschlechts oder der Rasse. Das Proletariat der ganzen Welt wird aufgefordert, sich an diesem Kampfe zu beteiligen.

Dieser Antrag gelangte sofort ohne Debatte einstimmig zur Annahme.

Singer ergreift nunmehr das Wort, um dem Kongreß mitzutheilen, daß der geistige Vorläufer der internationalen Sozialdemokratie am Kongreß erschienen sei und daß das Bureau einmüthig beschlossen habe, ihn zu bitten, das Ehrenpräsidium zu übernehmen und den Kongreß zu schließen.

Diese Mittheilung und das Erscheinen Engels, der einer wunderbaren Frische und Gesundheit sich erfreut, rufen förmliche Jubelstürme hervor. Immer von neuem erheben sich die Jubelgrüße und Zurufe, und das Publikum auf den Galerien nahm an dieser Huldigung begeisterten Theil. Als sich nach fünf Minuten der Beifall gelegt hatte, hielt Engels folgende Ansprache:

Lassen Sie mich die Ansprache (die der Redner eben englisch und französisch gehalten) in mein geliebtes Deutsch übertragen. Der unerwartet glänzende Empfang, den Sie mir bereitet haben und den ich nur mit tiefer Ehrfurcht entgegennehmen konnte, ich nehme ihn an nicht für meine Person, sondern als Mitarbeiter des großen Mannes, dessen Bild dort oben hängt (Marx). Gerade fünfzig Jahre ist es her, als Marx und ich in die Bewegung eintraten. Wir veröffentlichten unsere Artikel in den deutsch-französischen Jahrbüchern. Marx ist gestorben, aber wenn er jetzt noch lebte, so wäre nicht ein Mann in Europa und Amerika, der mit solchem gerechten Stolz zurückblicken könnte auf seine Lebensarbeit. Noch ein anderer Jahres-Gedenktag ist 1878 war der letzte Kongreß der Internationale. Zweiteil geschah auf ihm. Einmal die absolute Loslösung von den Anarchisten. War das ein überflüssiger Beschluß oder nicht? Der Pariser, der Brüsseler, der jetzige Kongreß hat das Gleiche thun müssen. Das Zweite war die Einstellung der Wirksamkeit

der Internationale in der alten Form. Es war die Zeit, wo die Wuth der Reaktion, die sich am Blute der glorreichen Kommune berauscht hatte, aufs höchste gestiegen war. Die Fortführung der alten Internationale hätte nur zu Opfern geführt, die ohne Verhältnis zu den Wirkungen ständen; sie verlegte ihren Sitz nach Amerika, d. h. sie zog sich vom Schauplatz zurück. Dem Proletariat der einzelnen Länder blieb es überlassen sich in eigener Form zu organisieren. Das ist geschehen und nun ist die Internationale viel stärker als zuvor. In diesem Sinne müssen wir fortfahren auf gemeinsamem Boden zu arbeiten. Wir müssen die Diskussion zulassen, um nicht zur Sekte zu werden, aber der gemeinsame Standpunkt muß gewahrt bleiben. Die lose Verbindung, der freiwillige Zusammenhalt, der durch Kongresse unterstützt wird, er ist hinreichend, um uns den Sieg zu verschaffen, den keine Macht der Welt uns mehr entreißen kann. Ich bin durch Deutschland gereist und hörte in manchen Dingen bedauern, daß das Sozialistengesetz gefallen ist. Der Kampf mit der Polizei sei viel anständiger gewesen. Mit solchen Streikern wird keine Polizei, keine Regierung fertig.

Auf Ersuchen des Bureau erklärte ich dem Kongreß für geschlossen. Hoch lebe das internationale Proletariat. Die Versammlung bricht in stürmische Hochrufe aus. Der Jubel dauert eine ganze Zeit lang an. Die Anwesenden erheben sich und singen stehend die Marxlied.

Ueber die nicht mehr zur Verhandlung gelangten zwei Gegenstände: Weltstreik und Internationale Organisation der Sozialdemokratie, waren von den bestellten Kommissionen folgende Resolutionen vorgelegt worden: **Beschluß betreffend den Weltstreik.**

In Erwägung, daß Streiks nur unter bestimmten Verhältnissen und zu bestimmten Zwecken mit Erfolg unternommen werden können, diese jedoch nicht im vorhinein festzustellen sind; in Erwägung, daß ein Weltstreik schon wegen der so ungleichen ökonomischen Entwicklung der verschiedenen Länder unausführbar ist, von dem Moment aber, wo er ausführbar, nicht mehr nöthig ist;

in weiterer Erwägung, daß selbst ein sich nur auf ein Land beschränkender allgemeiner Streik, wenn friedlich durchgeführt, ausichtslos, weil der Hunger die Streikenden in erster Linie treffen und zur Kapitulation zwingen würde — ein gewaltsamer Streik aber von den herrschenden Klassen unabweislich niedergeschlagen würde —

erklärt der Kongreß: daß unter den gegenwärtigen sozialpolitischen Verhältnissen im besten Falle ein Generalstreik einzelner Industrien mit Erfolg durchgeführt werden kann;

ferner, daß Massenstreiks unter Umständen eine höchst wirksame Waffe sein können, eine Waffe jedoch, deren wirksame Anwendung eine kräftige gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse voraussetzt.

Der Kongreß empfiehlt daher den sozialistischen Parteien aller Länder diese Organisation mit aller Energie zu fördern und geht über die Frage des Weltstreiks zur Tagesordnung über.

#### Internationale Organisation der Sozialdemokratie.

In Erwägung: Daß es für alle Sozialdemokraten wünschenswert wäre, sich international unter einem gemeinsamen Namen zu organisieren, daß aber die Beschränkungen der Vereinigungsfreiheit, wie sie durch die reaktionären Gesetze verschiedener Länder auferlegt sind, dies gegenwärtig verhindern.

Erkennt der Kongreß als Mitglieder der Internationalen revolutionären sozialdemokratischen Partei alle Organisationen, Vereine und Parteien an, welche den Klassenkampf und die Nothwendigkeit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel anerkennen und auf dem Boden der Beschlüsse der internationalen Arbeiterkongresse stehen.

Der Kongreß richtet an alle Mitglieder der Partei und an alle Mitglieder der Arbeiter-Organisationen — gewerkschaftliche wie politische — das dringende Ersuchen, unausgesetzt für die Abschaffung aller das Vereinigungsrecht beschränkenden Gesetze hinzuwirken.

Der Kongreß spricht den Wunsch aus, daß der erste Theil des Programms der sozialdemokratischen Parteien aller Länder, welches die Nothwendigkeit einer ökonomischen Umwälzung ausdrückt, für alle gleichlautend gefaßt, und daß der zweite Theil, welcher die anzuwendenden Mittel enthält, in jedem Lande den ökonomischen und politischen Bedingungen angepaßt werde.

Die revidirte und vervollständigte Delegirtenliste, die am letzten Verhandlungstage ausgegeben ward, enthält im Ganzen 440 Delegirte. Im Einzelnen: Australien 1, Belgien 17, Brasilien 2, Bulgarien 2, Dänemark 2, Deutschland 98, Frankreich 41, Großbritannien und Irland 63, Holland 6, Italien 22, Norwegen 1, Oesterreich 34, Ungarn 10, Polen 10, Rumänien 6, Russland 1, Schweiz 117, Serbien 1, Spanien 2, Vereinigte Staaten von Nordamerika 3. Zwei Delegirte, die je zwei unübertragbare Mandate sind in der Liste doppelt aufgeführt, so daß die Gesamtzahl der Delegirten um 2 reduziert werden muß, also 438 beträgt.

Die Rundfahrt am See nach der Insel Usnau verlief in herrlichster Weise bei wundervollem Wetter. Im Abend nach Schluß des Festbankettes trafen sich die deutschen und österreichischen Delegirten noch im „Schwanen“ zu einer gemüthlichen Zusammenkunft. Zahlreiche Reden gaben dem Gesühle der Zusammengehörigkeit und dem Willen des Zusammenwirkens freudigen Ausdruck und in echt brüderlicher Weise schwieg man sich auch nicht, in welchen Punkten und aus welchen Gründen man da und dort getheilte Meinung sei. Ein österreichischer Genosse theilte auch die Wahlrechts-Marxlied mit, die jetzt antäglich der Wahlrechtsbewegung unsere österreichischen Brüder singen.

Erst in später Stunde trennte man sich mit dem Gänedruck und Gelöbniß, treue Waffengrundschaft zu halten bis zum Tage des Sieges.

## Tokales.

Die Cholera hängt wieder an, das Tagesgespräch zu bilden, und nachdem sich in der letzten Zeit die Zahl der Fälle von Erkrankungen an vermeintlicher oder wirklicher Cholera in den Nachbarländern bedenklich gemehrt hat, hat sich der „Reichs-Anzeiger“ bereits veranlaßt gesehen, eine eindringliche Mahnung zur Vorsicht an das Publikum zu richten. Diese Mahnung, welche wir unseren Lesern in der Sonntagsnummer mitgetheilt haben, bildet das Vorbild zu einer langen Reihe beweglicher Klagen über den „Ueberhand“ des Publikums, die wir, falls die Cholera etwa weitere Fortschritte machen und wieder nach Deutschland eindringen sollte, in den nächsten Wochen zu erwarten haben. Wir haben dieses Schauspiel im vorigen Jahre erlebt und werden es gegebenen Falls auch in diesem Jahre wieder erleben. Besonders ereiferte sich im vorigen Jahre die bürgerliche Presse über den „unverantwortlichen Leichtsin“ der ärmeren Bevölkerung. Man fand mit einem Male, daß die Lebensweise der Armen doch eigentlich recht geeignet sei, der Verbreitung der Cholera Vorshud zu leisten. Dabei wurde so gethan, als wähe man nicht, wie schwer dem Armen die Beachtung der Sicherheitsvorschriften werden muß. Wir wollen gewiß nicht von der Befolgung der Rathschläge des „Reichs-Anzeigers“ abreden; wir wünschen und hoffen vielmehr,

Auf welche Weise sich unsere heutige bürgerliche Gesellschaft zu amüsieren pflegt, ergab eine dieser Tage stattgefundene Verhandlung des Rixdorfer Schöffengerichts. Am 8. November vorigen Jahres fand in einem Rixdorfer großen Lokal ein sogenannter Abendtisch statt, zu welchem sich zahlreiche Vertreter der "besseren" Bürgerschaft eingefunden hatten. Zur "höheren Reihe" des Festes wurden nun von den Theilnehmern am Abendtisch zwei schöne neue Bieder gefungen, welche voll gemeinlicher Unhöflichkeit und Zynismus strotzten und namentlich die weiblichen Proletarier in unerhörtester Weise beschimpften. Die große Mehrzahl der Bourgeois wackelten natürlich darüber vor Lachen mit den Fetzwansten, als handle es sich um irgend einen harmlosen Witz. Einer der Theilnehmer, den das widerliche Treiben angeekelt, sandte die zur Verheilung gelangten Lieberterte an den "Vorwärts", der darüber eine Notiz brachte, die eine Kritik dieses ekelhaften Treibens enthielt und hierdurch kamen die Bieder zur Kenntniß der Staatsanwaltschaft. Obwohl festgestellt wurde, daß gerade Gäste sich bei der Verheilung der Bieder besonders hervorgethan, konnte nur gegen den Komiker Robert Fischer aus Berlin vorgegangen werden, welcher die Bieder mitgebracht und verlaunt hatte, während die betheiligten Gäste den Inhalt nicht gekannt haben sollen. Fischer hatte sich nun wegen Verbreitung unschöner Schriften zu verantworten. Er entschuldigte sich damit, daß es "nur ein kleiner Scherz" sein sollte. Während der Amtsanwalt diesen "Scherz" mit 30 M. geahndet wissen wollte, erlangte der Gerichtshof auf — 10 M. Geldstrafe. — Wir müßten offen gestehen, daß uns in unserer Praxis selten "Scherze" vorgekommen sind, die einen obskurereu und frecheren Inhalt hatten. Im Uebrigen hat hier wie gewöhnlich das Gesicht einen der am wenigsten Belasteten getroffen — als Hauptthäter war und damals ein "studierter" Herr aus Rixdorf genannt worden.

Eines beneidenswerthen Schlafes hat sich der Arbeiter Jakob zu erfreuen, welcher gestern als Belastungszeuge gegen den der Leichenfledderei beschuldigten Schuhmacher Schäfer vor der Ferienstrafkammer zu erscheinen hatte. Der Mariannenplatz ist ein bevorzugtes Arbeitsfeld für Leichenfledderei, denn in den meisten Fällen, in denen sich die Gerichte mit dieser Verbrecher-Spezialität zu beschäftigen haben, bildet der Mariannenplatz den Schauplatz der Ereignisse. Drei Personen, welche in einer schönen Sommernacht auf einer Bank des Mariannenplatzes sich der Mondscheinwärmerie ergaben, waren dort Zeugen eines seltsamen Schauspiels. Zu einem dort im Gebüsch schlafenden Menschen hatte sich ein anderer gestellt, welcher mit demselben aufscheinend hypnotische Kunststücke ausführte: er drehte den Schäfer, der keinen Augenblick aus seinem Schlafe erwachte, wiederholt von der einen Seite seines Körpers auf die andere, durchführte ihm die Taschen und legte ihn dann wieder fein fäuberlich in die ursprünglich eingenommene Lage zurück. Als er sich entfernen wollte, sprangen die drei Beobachter auf ihn zu, hielten ihn fest und wackten mühselig den Schäfer, der sich als der Arbeiter Jakob vorstellte. Er hörte mit Staunen von den Experimenten, die mit ihm vorgenommen waren und stellte fest, daß aus seiner Tasche eine Geldsumme von 4 M. verschwunden war. Schäfer, ein alter Leichenfledderer, hatte sich deshalb gestern vor der Ferien-Strafkammer wegen Diebstahls zu verantworten. Zu seiner Verteidigung griff er zu einem überaus dreisten Mittel. Er trat nämlich mit der Behauptung hervor, daß die Belastungszeugen gemeinschaftlich einen Leichenfledderer-Versuch gegen ihn ausgeführt hätten und, da er sie dabei ertappt, nun den Spieß umdrehen wollten. Die in dieser Behauptung liegende Frechheit erschien dem Gerichtshofe so groß, daß er den schon vorbestraften Angeklagten zu zwei Jahren Zuchthaus verurtheilte.

Durch eine recht häßliche Ausbeutung der geschäftlichen Unkenntniß einer jungen Dame soll sich der Restaurateur Karl Ostler Glucks einer Untreue und Unterschlagung schuldig gemacht haben. Er wurde gestern vor der hiesigen Ferienstrafkammer zur Verantwortung gezogen. Fräulein Marie H. war Besitzerin eines Handschuh- und Kravatten-Geschäfts in der Friedrichstraße, welches ihr ein Verehrer eingerichtet hatte. Das Geschäft hatte, trotzdem die Einrichtungskosten von 20 000 M. a fonds perdu geschrieben worden waren, nicht den erhofften Erfolg, Fräulein H. gerieth vielmehr nach und nach in immer größere finanzielle Schwierigkeiten, welche im Februar 1892 einen sehr bedrohlichen Charakter annahmen. Fräulein H. setzte alle Hebel in Bewegung, um die dringenden Zahlungen leisten zu können, sie fuhr von Pontius zu Pilatus, ohne zum Ziele zu gelangen. Da führte ihr ihr Anstern die Adresse des Angeklagten zu, der sich in seinen Ruhestunden auch mit Geldgeschäften befaßt und sich "aus Menschenfreundlichkeit" bereit erklärte, dem bedrängten Fräulein zu helfen. Er war im Besitze einer Hypothek auf ein Gut und diese wollte er hergeben, um darauf die benötigte Summe von 3000 M. zu beschaffen. Wieder setzte Fräulein H. alle Hebel in Bewegung, um einen mitleidigen Geldgeber zu finden, endlich erklärte sich ein Rechtsanwält, der zu ihren Geschäftsstunden gehörte, auf ihre Bitten bereit, das Geld herzugeben. Es wurde abgemacht, daß der in Leipzig wohnende Verehrer des Fräulein H. dem Rechtsanwält ein Akzept in Höhe des Darlehens schiden und der Angeklagte zur größeren Sicherheit die Hypothek als Unterpfand hergeben und nach Empfang des Geldes die Schulden des Fräuleins reguliren solle. Diese Abmachung wurde auch in allen Theilen bis auf einen letzten Punkt erfüllt: der Angeklagte hatte zwar gegen Übergabe des Hypotheken-Dokuments das Geld in Empfang genommen, er dachte aber gar nicht daran, Frä. H. aus ihrer Nothlage zu befreien. Er hat derselben nur 100 M. zur Bezahlung einer Gasrechnung zugewiesen, im übrigen aber das Geld für sich verbraucht. Der geschäftliche Krach, den zu vermeiden Frä. H. sich abgemüht hatte, ist über dieselbe hereinbrochen und ihr Freund hat den Wechsel schließlich einlösen müssen, da die Hypothek inzwischen faul geworden war. Der Angeklagte bestritt mit großer Lebhaftigkeit jede Schuld und trat mit der Behauptung auf, daß das Geld, welches er von dem Rechtsanwält empfangen, für ihn kein "fremdes" gewesen sei, da er die Hypothek direkt verkauft habe. Er habe auch die Absicht gehabt, mit einem Theile des Erlöses dem Fräulein möglichst zu helfen, sei aber davon zurückgekommen, da ihm die Geschäftsbücher befehrt hätten, daß hier nicht mehr zu helfen sei. Dieser Behauptung wurde sowohl von dem Rechtsanwält, als auch von dem Frä. H. aufs Allerbestimmteste widersprochen. Beide waren darin einig, daß die Hypothek nur als Unterpfand für den Wechsel dienen sollte und dem Angeklagten wiederholt klar gemacht worden sei, daß er das Geld lediglich zu dem Zwecke empfangen, um die Schulden des Fräuleins zu reguliren. Bei dieser Sachlage beantragte der Staatsanwalt 6 Monate Gefängniß und 2 Jahre Ehrverlust. Im letzten Augenblick kam der Angeklagte noch mit neuen Beweisanträgen, die schließlich zur Vertagung der Verhandlung führten. Am jedoch Verbunkelungen zu vermeiden, beschloß der Gerichtshof, den menschenfreundlichen Geldgeber in Untersuchungshaft zu nehmen.

Verfälschtes Olivenöl sollte der Kaufmann L. als "reines" Öl dem Publikum verkauft und sich dadurch eines Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz schuldig gemacht haben. In der gestrigen Verhandlung vor der 182. Abtheilung des Schöffengerichts begutachtete Dr. Bischof, daß die Waare ein gefälschtes Produkt französischer Ursprungs sei. Es bestehe zur Hälfte aus Olivenöl, die andere Hälfte sei ein Gemisch von Erdnuß- und Baumwollensamen-Öl. Für einen Laien sei die Verfälschung schwer zu erkennen. Es sei schon früher bei dem Angeklagten eine Probe entnommen, untersucht und ihm mitgetheilt worden, daß die Waare gefälscht sei. Der Angeklagte er-

Koffer lag, besanden sich zerhackte Nickelstücke, sodaß angenommen werden muß, daß diese als Geschosse verwendet werden sollten. Pitoczki, der seine That noch leugnet, ist sofort in Haft genommen und in Eisen gelegt worden. Die Höllemaschine hat er wahrscheinlich in Spandau in der Wohnung der Madagazski angefertigt. Die beabsichtigte Tödtung des Schwarz kann nur auf einen Nachhakt zurückgeführt werden. Die Ursache desselben ist noch nicht geklärt. Schwarz erzählt, er habe dem Pitoczki damals wegen rückständiger Miete einige Sachen zurückbehalten und ihm dann die Thür gewesen. Die Untersuchung wird eifrig weiter betrieben.

Zum zweiten Male nach Dalldorf gebracht wurde am Sonnabend der Kaufmann Sachs, weil er in einem Anfälle von Tobwacht seine Mutter tödtlich angegriffen hatte und sich mit der brennenden Lampe aus dem Fenster stürzen wollte. Sachs hatte früher, als er noch Handlungslehrling war, auf einer Kneiptour von einem Kollegen einen schweren Schlag auf den Schädel erhalten, der nicht ohne Folgen geblieben ist. S. befand sich darauf sechs Monate in der städtischen Irrenanstalt zu Dalldorf, dann wurde er als ungefährlich entlassen und seitdem verwaltete er in seiner Mutter gehöriges Haus in der Moritzstraße. Wer mit S. in Berührung gekommen war und die früheren Vorgänge nicht kannte, meinte, er müsse mindestens einen Vogel haben.

Ausgenommener Diebstahl. Der Kriminalpolizei war mitgetheilt worden, daß in der Uckerstr. 134 eine Maurerfrau Bartisch ein stottes Geschäft mit Stoffen, Tüchern, Schürzen, Spitzen u. s. w. betreibt. Bei einer Nachsuchung fand man auch eine große Menge dieser Gegenstände, die Frau Bartisch nach ihrer Angabe von einem Manne gekauft hatte, den sie nur unter dem Namen "der schwarze Herrmann" kennen wil. Dieser Mann habe ihr seit mehreren Jahren schon die verschiedenartigsten Sachen verkauft. Es sei ihr allerdings, wie sie behauptet, aufgefallen, daß Herrmann in den Besitz so verschiedener Dinge, wie er sie verkauft hatte, kommen konnte, zumal er einmal geäußert habe: "diesmal hätten sie mich aber beinahe erwischt", sie will sich aber trotzdem der Diebstahls nicht schuldig bekennen. Der schwarze Herrmann, in dem ein wegen Diebstahls mehrfach bestraffter Tapezierer Herrmann Sobek ermittelt wurde, ist wegen wiederholten Diebstahls, Frau Bartisch wegen gewerbsmäßiger Diebstahls verhaftet worden.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich dem Lokal-Anzeiger zufolge am dem an der Frankfurter Chaussee belegenen Grundstück der Mademawdt'schen Grabirwerke ereignet. Dort wird seit einigen Tagen ein Blechbrunnen angegründet, der bereits eine Tiefe von 88 Fuß hat. Kurz nach Feierabend am Freitag, noch ehe der Schacht verdeckt worden war, kam der zehnjährige Knabe S. beim Spielen in großer Hast auf den Brunnen zugehauert, stolperte und stürzte kopfüber in den Schacht hinunter. Sofort machte sich der in der Nähe beschäftigte Arbeiter Polenz daran, den Knaben zu retten, indem er die Karbel löste und sich am Tau herunterließ; er hatte aber hierbei das Unglück, abzurutschen, mit dem Kopfe auf eine vorstehende Steinwand aufzuschlagen und ebenfalls in den Schacht hinunter zu stürzen. Es gelang zwar, den Arbeiter Polenz lebend, doch schwer verletzt heraus zu befördern, während der Knabe sich zu Tode gefallen hatte. Polenz wurde auf ärztliche Anordnung nach dem Kranken- hause geschafft.

Durchgebrannt. Ein Schlächtermeister in der Hochmeisterstraße, welcher seit einigen Monaten verheirathet ist, und zwar mit einer früheren Verkäuferin eines größeren Schlächtergeschäfts in der Leipzigerstraße, ist vorgangenen Freitag unter Mitnahme von 700 M., sowie sämtlicher Wertgegenstände spurlos verschwunden, seiner schwerkranken Frau nur 20 Pf. zurücklassend. Genannter Meister unterhielt schon seit längerer Zeit einen intimen Umgang mit einer von ihrem Manne in Pankow getrennt lebenden Frau, mit welcher er die gesammten Ersparnisse seiner jungen Frau verbrachte. Die verlassene Schlächtermeisterfrau hat vorläufig Aufnahme bei einem hier lebenden Bruder gefunden.

Unglücksfall. Bei den Gumpel'schen Eheleuten, Rene Schön-hausser, 7 wohnhaft, besanden sich gestern Verwandte zum Besuch, die gegen Abend zum Bahnhof Alexanderplatz begleitet wurden. In der Wohnung war der 9-jährige Sohn zurückgelieben, der bei der Rückkehr der Eltern am Fuße der Treppe todt vorgefunden wurde. Der unglückliche Knabe war eine Treppe hoch hinausgestürzt und lag mit zerquetschten Gliedmaßen auf dem Hausflur.

Ein noch nicht ganz überschabarer Unglücksfall, bei welchem leider viele Personen zu Schaden gekommen sind, hat sich gestern Vormittag anlässlich des Einzuges des 4. Garde-Regiments, welches von Spandau nach Berlin verlegt wurde, gegenüber dem Justizpalast ereignet. Die gewaltige Menschenmenge, die sich hier zusammendrängte und Anstalten feilschte, hielt den großen Platz zwischen Invalidenstr. 11, Moabit und dem Kriminalgericht dicht besetzt. Eine größere Anzahl Personen hatte theilweise, um dem Gedränge auszuweichen, oder auch, um besser sehen zu können, sowohl die Wände der Anlage, als auch das Gitter, welches den Ausstellungspark einschließt, erkliegen. Der kolossalen Zahl, welche an dem Gitter hing, konnte dasselbe nicht Stand halten; in der vollen Länge von der Invalidenstr. bis zur Straße Moabit ca. 50 Meter brach das in steinerne Pfeiler eingelassene, erst vor einem Jahre errichtete Gitter zusammen. Die Mauersteiler brachen wie Glas und stürzten in die Menschenmassen hinein, wobei zahlreiche Personen verunglückten. Eine Frau, welche auf dem Arm ein kleines Kind trug, soll innere Verletzungen erlitten haben. Andere kamen mit Kopfwunden davon. Einem Mann wurde durch eine Spitze des Gitters die linke Wade völlig aufgerissen. Näheres über das Unglück war bei dem Tumult, welcher dadurch noch größer wurde, als in diesem Augenblick das Regiment anrückte, nicht zu erlangen.

Polizeibericht. Am 11. d. M. Morgens wurde auf einem Rangirgleise am Bahnhofe Gesundbrunnen ein Arbeiter durch einen Eisenbahnzug überfahren. Er erlitt außer einem Bruch des Unterschenkels schwere Verletzungen am Fuße, an der Hüfte und im Gesicht, so daß seine Ueberführung nach dem Lazarus-Krankenhanse erforderlich wurde. — Am 12. d. M. Morgens versuchte ein Buchbinder, in seiner in der Bölowstraße belegenen Wohnung sich das Leben zu nehmen, indem er sich mittels einer Raschine beide Hände abschnitt. Er wurde nach dem Elisabeth-Krankenhanse gebracht. — Vor dem Hause Bunselstr. 60 gerieth Vormittags ein Kutscher beim Besorgen seines in der Fahrt befindlichen Wagens unter die Räder und wurde am Bein und an der Brust so bedenkend verletzt, daß er nach dem Krankenhaus Moabit gebracht werden mußte. — In seiner in der Fürbringerstraße belegenen Wohnung wurde ein Mädchen erhängt vorgefunden. — Im Hause Alte Schönhausstr. 30 fiel Abends eine obdachlose Frau, die dort im Keller nächtigen wollte, beim Uebersteigen eines Gitters von der Treppe und erlitt anscheinend schwere innere Verletzungen. Sie wurde nach der Charitee gebracht. — Am 13. d. M. Vormittags wurde in der Spree, an der Bellevuebrücke, die Leiche eines Mädchens angeschwemmt. — Nachmittags ergriff sich ein Malerergebnis in seiner Wohnung in der Schwedterstraße. — Ein Mädchen sprang aus dem Küchenfenster der im Hochparterre des Hauses Bräcken-Allee 28 belegenen Wohnung seiner Dienstherrschin auf den Hof hinab und erlitt eine bedeutende Verletzung beider Füße, so daß es nach der Charitee gebracht werden mußte. — Vor dem Hause Holzmarktstraße 5 fiel Abends ein Prospektentischer von seiner in der Fahrt befindlichen Drofsche, gerieth unter die Räder und wurde anscheinend innerlich so schwer verletzt, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain erforderlich wurde. — Am 12. und 13. d. M. fanden drei Brände statt.

daß diese Rathschläge, soweit es nur irgend möglich ist, befolgt werden. Aber leider ist die Befolgung für viele so gut wie unmöglich. Der Arme kann weder eine sorgfältige Auswahl seiner Speisen treffen, noch immer den Genuß verdächtigten Wassers, selbst des Flußwassers, vermeiden. Von "sorgfältiger Behandlung" jeder Erkrankung an Durchfall und ähnlichen Uebeln, von "schleuniger Zuziehung eines Arztes" gleich beim ersten Auftreten derartiger Krankheitserscheinungen" kann volends nicht die Rede sein. Das ist dem Proletarier zu anderen Zeiten und bei anderen Krankheiten nicht möglich, und er kann es sich auch in Zeiten der Cholera-epidemie bei choleraähnlichen Erkrankungen nicht leisten. Zu anderen Zeiten und bei anderen Krankheiten fragt die besitzende Klasse auch ziemlich wenig danach, ob ein Proletarier irgendwo hilflos im Glend verkommt; sie hat ja keinen Schaden davon. Aber bei der Cholera ist durch einen einzigen Fall die ganze Bevölkerung gefährdet; deshalb ist die besitzende Klasse sehr besorgt, daß auch jeder Arme seine richtige Diät hält und beim geringsten Durchfall gleich zum Arzt rennt. Das eigentliche Motiv dieser ungewöhnlichen Sorge um das Wohlbestehen des Proletariats ist jedoch nicht, daß es sei es Eifer für das öffentliche Wohl, worunter die besitzende Klasse immer und ihr eigenes Wohl versteht, und entrüstet sich über die, welche besagtes "öffentliche Wohl" durch ihren "Reichtum" freventlich gefährden. Im vorigen Jahre trieb man die Sorgfalt noch weiter. Es bildeten sich sogar Komitees zur Vertheilung von Desinfektionsmitteln und allerlei Stärkungen an Arme. Hier ging man aus lauter Eifer für das "öffentliche Wohl" von der Entrüstung, die sich bloß in Worten äußert, zur "Wohlthätigkeit" über, die eventuell auch zur That bereit ist. Und all' das hatte die Cholerafurcht zu wege gebracht. Daß wirklich nur sie es war, die das zu wege gebracht hatte, zeigte sich dem, der es nicht schon vorher gemerkt hatte, nachher, als die Gefahr wieder vorüber war. Es hat sich nach dem Erlöschen der Hamburger Cholera-Epidemie bei uns kein Mensch mehr darum gekümmert, auf welche Weise der Arme Krankheiten von seinem Hause fern hält und womit er sich stärkt, wenn er krank ist. Vielleicht werden wir auch dieses Schauspiel der von der Cholerafurcht erzeugten "Wohlthätigkeit" in diesem Jahre auf's Neue erleben. Eines aber werden wir selbst dann nicht erleben, wenn trotz aller behördlichen Vorschriften, Mahnungen und Warnungen, trotz aller privaten Entrüstung und "Wohlthätigkeit" die gefährdete Gasse sich in diesem Jahre doch noch irgendwo in Deutschland ein zweites Hamburg schaffen sollte: die Anwendung des Radikalmittels, nämlich eine gründliche Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die es unmöglich machen würde, daß der größere Theil der Gesellschaft zu gunsten einer begüterten Minderheit bei harter und langer Arbeit und unzureichender Nahrung in gesundheitsgefährlichen Wohnungen verkommt. Vor Anwendung dieses Radikalmittels wird die Bourgeoisie stets zurückschrecken, weil es ihr zu theuer zu stehen käme. Das überläßt sie der Sozialdemokratie, die allerdings auch allein den Willen und die Fähigkeit hat, es anzuwenden.

Das "Aleine Journal" berichtet über die Explosion einer Höllemaschine auf der Polizeiwache am Markt in Spandau. Dort erschien am Sonntag Vormittag 10 1/2 Uhr der in Spandau Schülerbergstraße 4, wohnende Arbeiter Schwarz und verlangte den Polizei-Inspektor Lindau zu sprechen. Er erzählte dann, daß er vor etwa einer halben Stunde ein Paket durch die Post erhalten habe, aus dem feindräuiges Pulver riesele. Inspektor Lindau nahm das ungefähr ein Viertel Meter lange und 15 Zentimeter breite Paket in die Hand und stellte fest, daß es laut Poststempel am Sonnabend, 12. d. Mts., Morgens 9 Uhr in Spandau auf die Post gegeben worden sei. Die Adresse lautete buchstäblich: An Herr Schlosser Schwarz Schülerbergstraße No. 4, 1 Treppe hoch hier Spandau. Die Sendung war mit zwei No. 8-Pfeilen frankirt. Der Polizeibeamte besichtigte das Paket, das, wie sich später ergab, aus einem Brettle, dicker Pappe und weißem Papier zusammengekehrt war, und stellte fest, daß in ihm sich Pulver befände. Aus einer kleinen Oeffnung, die sich in der Umhüllung befand, entnahm er etwa ein Viertel-pfund Schießpulver. Um Unheil vorzubeugen, ließ Inspektor Lindau durch den Polizeifergeanten Grabow einen mit Wasser gefüllten Eimer in die Wache bringen und legte das verdächtige Paket in diesen hinein. Da die eine Ecke des Paketes sich noch über Wasser befand, so nahm er einen Federhalter und stieß die hervorstehende Ecke damit ebenfalls in das Wasser hinein. Raum hatte der Polizei-Inspektor das Zimmer verlassen und war nebenan in sein Bureau gegangen, so erfolgte unter lautem Knall, der das Polizeigebäude erzittern machte, eine Explosion. Das in dem Eimer befindliche Wasser wurde an die Decke geschleudert, während der Eimer selbst in der Richtung des P'schen Bureaus geworfen wurde. Die Feuerzünge, die aus dem zerrissenen Pakete schoß, war so stark, daß sie die etwa vier Meter hohe Decke völlig schwärzte. Es muß als ein Wunder betrachtet werden, daß der Polizeikommissar Altem, der Polizeifergeant Grabow und der Empfänger des Paketes, Schlosser Schwarz, die sich in dem Moment der Explosion im Zimmer befanden, unverletzt davon gekommen sind. Die Untersuchung ergab nun folgendes: Auf einem Brettle von Tannenholz war ein kleines Pistolenkloß angebracht. Der Hahn dieses Schloßes war gespannt und wurde durch eine Summischüre in dieser Lage zurückgehalten. Zur Unterstützung der Schlagfeder im Schloße war hinter dem Hahn eine Oefeder aus gelbem Messingdraht angebracht. Wäre nun das Paket geöffnet worden, so hätte die Schnur zerrissen müssen und der Hahn wäre auf den Stütz einer am Brettle angebrachten Besondere-Patrone gefallen. Durch die Entzündung der Patrone mußte dann das übrige Pulver explodiren. Wahrscheinlich durch den Stoß, den der Polizei-Inspektor Lindau gegen das Paket ausführte, oder durch ein losgelöstes Stüchchen Holz ist die Schnur aus ihrer Lage gewichen, wodurch die Explosion dann erfolgt ist. Ueber der Polizeiwache befindet sich die Wohnung des Bürgermeisters Kötz von Spandau, der sofort in die Wache eilte, um sich nach der Ursache der Detonation zu erkundigen. Die erste Frage der Polizeibeamten an den Schlosser Schwarz, den Empfänger des Paketes, war nun die, ob er einen Menschen kenne, der Ursache hätte, seinem Leben nachzustellen. Schwarz gab eine verneinende Antwort. Dem Inspektor Lindau fiel nun auf der oben wörtlich wiedergegebenen Adresse das Wort "Herr", anstatt "Herrn" auf, und der Beamte ließ die Worte fallen: "Na, das muß kein Deutscher gewesen sein, der die Adresse geschrieben hat." Jetzt erinnerte sich der Schlosser Schwarz plötzlich daran, daß er vor längerer Zeit einen Streit mit seinem früheren Schlafkammeraden, dem etwa 28 Jahre alten Arbeiter Pitoczki, gehabt, der aber Spandau verlassen habe und nach Kiel gegangen sei. Schwarz glaubt nun, daß er Pitoczki vor einigen Tagen in Spandau wiedergesehen habe. Der Polizeikommissar Nach und der Polizeifergeant Böhm machten sich nunmehr aus, um den Aufenthalt des Pitoczki zu ermitteln. Sie stellten fest, daß in der Neundorferstr. 11, bei der Frau Madagazski, ein Mann aus Kiel eingetroffen war, der ausdrücklich gebeten habe, ihn polizeilich nicht anzumelden. Dieser Mann war der gefuchte Anton Pitoczki. Die Polizeibeamten trafen ihn in der Wohnung der obenbezeichneten Frau Madagazski und durchsuchten sofort seine Kleider. In der Nothtasche fanden sie ein Paket Schießpulver aus der Fabrik von Kramer u. Buchholz in Münchh. und Habeland. Die Körner des Pulvers stimmten genau mit denen des vom Inspektor Lindau aus dem Paket entnommenen überein. Man ermittelte ferner, daß Pitoczki einen Koffer in der Bismarckstraße Nr. 6 beim Restaurateur Menzel abgeliegt hatte. In diesem Koffer wurde nun eine O. Feder aus Messingdraht gefunden, die genau der in der Höllemaschine befindlichen gleich. Außerdem wurden Summischüre zu Tage gefördert, wie sie in dem verhängnisvollen Paket angebracht waren. In einer Schachtel, die im

klarte, daß er das Del als eine „hochfeine Marke“ von einer Firma in Salon in Süd-Frankreich bezogen habe. Als er der Lieferantin die Anzeige gemacht habe, daß die erste Sendung als gefälscht von der Polizei beanstandet worden sei, sei eine zweite Sendung unterwegs gewesen. Für die letztere habe er bereits einen Wechsel in Zahlung gegeben und sei es ihm allerdings aufgefallen, daß die französische Firma ihm den Wechsel nicht am Verfalltage habe präsentieren lassen und auch auf seine Beschwerde sich nicht gekümmert habe. Der Gerichtshof fand eine Fahrlässigkeit darin, daß der Angeklagte die zweite Sendung in Gebrauch genommen, ohne sie vorher untersuchen zu lassen. Es wurde auf 10 M. Geldstrafe erkannt.

Durch das Begießen von Blumen und Pflanzen, welche auf straßenwärts belegene Ballons angebracht sind, wird vielfach gegen den § 366, Absatz 8 des Str.-G.-B. verstoßen, wonach derjenige mit Strafe bedroht wird, der Sachen auf eine Weise ausgießt, daß dadurch jemand beschädigt oder verunreinigt werden kann. Eine Dame, welche eines Tages durch die Friedrichstraße ging, wurde unangenehm dadurch betroffen, daß ihr Sammetüberwurf durch einige von oben kommenden Tropfen benetzt wurde. Sie entdeckte, daß die Flüssigkeit von dem Ballon des Lokals „concert de noblesse“ herabtraufelte. Sie wollte sich das Verberben ihrer Kleidung nicht gefallen lassen, sondern erstattete Anzeige bei der Polizei. Diese nahm den Hausdiener des genannten Lokals, der geständig die Blumen begossen hatte, in eine Geldstrafe. Der Gemahlsregelle beantragte richterliche Entscheidung und führte vor der 141. Abtheilung des Schöffengerichts zu seiner Entschuldigung an, daß er das Begießen der Blumen schon eine Stunde, bevor die Dame sich beschwerte, ausgeführt habe und dabei so sorgfältig verfahren sei, daß ein Abtraufeln auf die Straße nicht möglich gewesen sei. Das Wasser müsse nach und nach durchgedrückt sein. Dies könne er doch nicht verhindern. Wenn die Blumen nicht eingehen sollten, müßten sie doch begossen werden. Er habe außerdem nur den Befehl seiner Herrschaft ausgeführt.

Der Gerichtshof hielt alle diese Einwände für hinfällig. Niemand brauche sich gefallen zu lassen, begossen zu werden, und wenn es auch nur ein Tropfen sei. Können man die Blumen auf den Ballons nicht erhalten, ohne die Vorübergehenden zu belästigen, so möge man sie fortnehmen.

Der Angeklagte wurde in drei Mark Strafe genommen.

## Versammlungen.

Die Metallschrauben- und Nagendreher hatten am 13. August eine öffentliche Versammlung, in der Genosse Köster über das Thema: „Die Arbeiter als Gewerkschaftler oder Politiker mit Berücksichtigung des internationalen Kongresses in Zürich“ referierte. Köster betonte u. a., daß der Kern der modernen Arbeiterbewegung nicht bloß die politische, sondern auch die Gewerkschaftsbewegung sei. Er forderte daher, daß Arbeiter, die Sozialdemokraten sein wollen, auch sozialdemokratisch gegen ihre Kollegen handeln und dem Unternehmertum bei den Versuchen, die Lage der Arbeiter zu verschlechtern, z. B. die Arbeitszeit zu verlängern, nicht behilflich sein sollen. Man solle daher einen Sozialdemokraten, der nicht seiner Gewerkschaft angehöre, nicht für voll ansehen. Köster empfahl schließlich auch Arbeitsruhe am 1. Mai. Mit Beifall wurden seine Ausführungen aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt. Von dem Streik bei der Firma Billing & Violet wurde sodann berichtet, daß noch keine Milderung seit der vorigen Versammlung eingetreten sei. Die Firma veruche von Ludenwalde Schraubendreher zu bekommen, aber tüchtige Arbeiter hätten bei ihr noch nicht angefangen. Einen Schraubendreher soll sie in Ludenwalde mit vierteljährlicher Kündigung und dem annehmbaren Lohne von 30 Mark angeworben haben.

In Reinickendorf fand am 11. August eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Schriftsteller Ed. Adler über „Die bürgerliche Völkerverdämmerung“ sprach. Seine interessanten Ausführungen fanden den Beifall der Versammlung. Die Lassallefeier soll am 3. September im „Eeschlöchen“ veranstaltet werden und wähle zu dem Zwecke die Versammlung ein Festkomitee von sieben Genossen. Unter Verschiedenem wurde beschlossen, Gabeler's Kleines Schützenhaus, Provinz- und Bürgerstrassen-Gasse, von der Lokalliste zu freieren. Von dem Höfer Oskar Müller, Provinzstr. 107, wurde mitgeteilt, daß derselbe während der Wahlbewegung sich in ungehöriger Weise über die Arbeiterpartei geäußert hat. Die Frauen wurden aufgefordert, bei ihren Einkäufen dieses Geschäft nicht zu berücksichtigen. Daraus wurde die Versammlung geschlossen.

## Vermischtes.

**Soldatenleben in Rußland.** In der „Kreuz-Zeitung“ steht eine anmuthige Plauderei über russische Militärverhältnisse, die wir nicht ohne Wohlgefallen gelesen haben, weil sie in manchen Stücken zeigt, daß der gemeine Soldat in Rußland weit mehr von seinen Vorgesetzten als Mensch betrachtet wird, als dies im klassischen Lande der Dichter, Denker und Kasernen der Fall. Vielleicht liegt dies daran, daß der russische Soldat nicht versteht, sein menschliches Empfinden zu verleugnen und an Vorgesetzten, die mit gar zu militärfrommen Ausgangsformen behaftet sind, zu geeigneter Zeit gern eine wohlthuende und herzzerberührende Korrektur vornimmt. Ueber eine derartige, landesübliche Zurechtweisung wird in der „Kreuz-Zeitung“ folgendes mitgeteilt:

Der Feldwebel hatte bei der allabendlichen „Perkuffschka“ die Mannschaft noch häufig Uebungen machen lassen, die bis 9 1/2 Uhr gedauert haben sollen. Hierüber waren viele erbost, sie sparten jedoch ihren Groll zu einer geeigneteren Stunde auf. Mit der Stunde der Entlassung hatte auch die der Rache geschlagen. Der Feldwebel wurde nach einer Schenke gebracht, wo mit ihm fleißig gezecht wurde. Als die Gemüther genügend erhitzt waren, nahm der Anführer des Racheaktes plötzlich sein volles Glas und goß es auf den Schädel des Feldwebels aus. Hiermit war das Signal zu einer solennen Prügelei gegeben, wobei der ehemalige Vorgesetzte grün und blau geschlagen wurde. Der Feldwebel schämte sich, eine Anzeige zu erstatten, und reiste so schnell wie möglich nach dem Orte seiner Herkunft ab, um eine zweite Tracht Prügel zu vermeiden. Das ist Soldatenrecht; so giebt man hier ungekraft dem Vorgesetzten einen Denkzettel.

Weniger lebenswürdig, denken wir, würde die „Kreuz-Zeitung“ ihren Feuilletonisten plaudern lassen, wenn seine Betrachtungen auf deutsche Soldatenschinder hinübergeschweiften.

**Fahrkartenschwindel.** Zu den vielen, in letzter Zeit aus Tageslicht gekommenen Fahrkartenschwindelen, wird der „Meißn. Volkszeitung“ ein neuer Fall aus Gäßtrow berichtet. Wegen Unterschlagung im Amte sind dieser Tage 21 (?) Bahnbeamte vom Dienst plötzlich suspendirt worden. Diese Beamten, 1 Zugführer, 1 Packmeister und 19 Schaffner von der Strecke Lübeck-Neubrandenburg und Lübeck-Rostock, haben, wie s. Z. die Hamburger Schaffner, Personen gegen Trinkgeld und solche mit einem Billet niedriger Wagenklasse in einer höheren Wagenklasse mitgenommen. Auf Denunziation des Schaffners Weder, der, nebenbei bemerkt, am schlimmsten in diese Angelegenheit verwickelt ist, hat die Eisenbahnverwaltung von dem Treiben der Schaffner Kenntnis erhalten. Ein Lübecker Kammerjäger, welcher ebenfalls von Weder unter dessen eidlicher Aufsicht des Fahrkartenschwindels beizichtigt und dieserhalb vom Gericht bereits zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt worden ist, hat gegen dieses Urtheil Revision eingelegt und den Weder wegen Meineids denunzirt. Der Grund, weshalb Weder seine Kollegen angezeigt hat, dürfte darin zu suchen sein, daß er sich bei der Vertheilung der erschwundenen Gelder überwohlteilt

glaubte. Die ganze Angelegenheit ist bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht, und wird die eingeleitete Untersuchung das Nähere ergeben, worüber wir s. Z. berichten werden. — Es erscheint fast unglücklich, daß sich immer wieder Personen dazu finden, welche sich auf derartige plumpe Betrügereien einlassen. Die Beteiligten, fast lauter Familienväter, sind hinterher doch die am meisten Betroffenen und ohne Gnade der Armut preisgegeben.

Freilich würden derartige Fälle zu den Seltenheiten gehören, wenn die niederen Bahnbeamten für ihren sauren Dienst eine Entlohnung erhielten, die gestattete, sich in anständiger Weise halbwegs anständig zu ernähren.

**Hochwasser.** Aus Wien wird vom Sonntag berichtet: Nach einer Mittheilung der Generaldirektion der I. L. Staatsbahnen wurde auf der Strecke Lemberg-Kawarussa wegen Hochwasser der Gesamtverkehr eingestellt. Desgleichen mußte wegen Beschädigung des Bahnhofs durch Wolkensbrüche zwischen Ostro-Neu-Jagorz und Szejawone-Kuladzne der Verkehr sistirt werden.

## Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

**Helsingfors, 14. August.** In Veranlassung der Veranordnung betreffend die Zollrückzahlung für aus Deutschland eingeführte Waaren weist „Nya Pressen“ auf die großen Verluste hin, die Finnland durch diese Verordnung erleiden werde und die das Land um so schwerer empfinden müsse, da es die Folgen der vorhergehenden Mißwachsjahre noch nicht überwunden habe. Im Jahre 1891 hatte Finnlands Einfuhr aus Deutschland einen Werth von 44 836 000 M., während Finnlands Ausfuhr nach Deutschland sich auf 7 813 000 M. belief.

**Privat-Telegramm des „Vorwärts“.**

**Frankfurt a. M., 14. Aug.** Wie der „Frankf. Ztg.“ aus London gemeldet wird, hat die Konferenz der Grubenbesitzer von Lamartinsire den Bergleuten die geforderte Lohnerhöhung von 1 Schilling täglich bewilligt.

**Bukarest, 14. August.** Vom 12. bis zum 14. d. M. sind in Braila 27 Erkrankungen und 15 Todesfälle an Cholera vorgekommen, in Sulina 43 Erkrankungen und 17 Todesfälle, in Cernamoda 9 Erkrankungen und 3 Todesfälle, in Galaz 8 Erkrankungen und 1 Todesfall.

## Briefkasten der Redaktion.

**Lützenburg.** Ohne genaue Titelangabe können wir Ihnen keine Auskunft geben.

**H. W., Gastwirth.** Wenn die Polizeistrafe nicht einzutreiben ist, erst dann tritt die Gaststrafe ein. Es ist daher besser, wenn Sie rechtzeitig zahlen, Sie sparen alldann die Exekutionskosten.

**E. Delius.** Die von Ihnen angegebenen Gründe entbinden nicht vom Kontrakt.

**Leipzig 31.** Die von Ihnen angegebenen Zeichen im Erfahrenerpass sind uns unbekannt, deshalb die zweite Frage nicht zu beantworten.

**S. D.** Wenn Sie sich hier verheirathet haben, dann bleiben die von Ihnen in die Ehe eingebrachten Sachen Ihr Eigentum. Daß Ihr Ehemann sämtliche Eheverhältnisse ausplaudert, ist nicht hübsch von ihm, indessen läßt sich dagegen nichts machen.

**Fr. 21, Adlerhof.** Wenn Sie nicht rechtzeitig und zwar am 1. Juli gelündigt haben, werden Sie die Miete bis zum 1. April bezahlen müssen, vorausgesetzt, daß der Wirth die Wohnung nicht früher anderweitig vermietet.

**D. E.** Sie haben es ja viel bequemer, wenn Sie sich mit Fragen an das dortige Parteiorgan wenden.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt  
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Sieben erschien: 401/6\*

**Heft 48**

der

**Reden und Schriften Ferd. Lassalle's**  
(Vollständig in ca. 50 Heften à 20 Pf.)

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungsdepoteure und Kolporteurs entgegen.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt  
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Das zur diesjährigen Maifeier in Aussicht gestellte

**Kunstblatt**

welches bereits in der Maifest-Zeitung als Mittelbild gebracht wurde, ist nunmehr in bedeutend vergrößertem Maßstabe — Plattengröße 68 x 47 cm, Kartongröße 95 x 73 cm — in seiner Kupferätzung ausgeführt in unserem Verlage erschienen. Das Bild heißt:

**Der erste Mai**

und ist dazu angethan, jeden Versammlungsraum, jedes Vereinszimmer der Arbeiter zu verschönen, vor allem wird es für jedes Proletarierheim ein würdiger

**Zimmerschmuck**

sein. Um dies wahrhafte Kunstblatt auch weiteren Kreisen zugänglich zu machen, ist der Preis auf nur

**Drei Mark**

festgesetzt.

Gegen Einsendung des Betrages werden Bestellungen von außerhalb porto- und emballagefrei effektiert.

**Wiederverkäufer erhalten Rabatt.**

G. Superczynski, künstliche Zähne, Zwalidenstr. 105, II.

**Zur Lassalle-Feier.**

wird das „Volksblatt für Teltow-Beeskow“ eine 8 Seiten starke, auf satinierten Papier gedruckte

**Fest-Nummer**

erschienen lassen (ohne Inserate). Dieselbe wird außer einem Portrait Lassalle's einen kurzen Abriss seiner Lebensgeschichte bringen und Aufsätze enthalten, die seine Bedeutung für das Proletariat würdigen.

Für Nichtabonnenten kostet die Festnummer 10 Pf. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. Bestellungen an die

**Expedition des „Volksblatt für Teltow“.**  
Berlin SW., Beuthstr. 2.

**Achtung! Müggelschlößchen Friedrichshagen.**

Sonntag, den 27. August:

**Große Lassalle-Feier,**  
bestehend in

**Vokal- und Instrumental-Konzert,**  
arrangirt von den Genossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises unter gut. Mitwirk. mehrerer Gesangvereine.

Anfang 8 Uhr Morgens.

Volks- und Kinder-Belustigungen aller Art. Feuerwerk etc.

Billets à 20 Pf. inkl. Ueberfahrt sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen, sowie bei den Vertrauensleuten des 4. Wahlkreises zu haben.

350/1

Das Komitee.

**Große Lassalle-Feier**  
des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis  
am Sonntag, den 27. August 1893,  
im Schützenhause zu Schmargendorf  
bestehend in

**Konzert und Ball**

ausgeführt von Mitgliedern der „Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker“ unter Mitwirkung von Vereinen des Arbeiter-Sängerbundes.

Billets à 10 Pf. sind in den Zahlstellen, sowie in den mit Plakaten versehenen Handlungen zu haben.

874/13

Es bittet um zahlreiche Theilnehmung

Das Komitee.

**Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin.**  
Ganze Ausstattungen Küchenschöbel in grosser in Mahagoni u. Nussbaum. Auswahl empfiehlt

**Julius Apelt, Sebastianstr. 20**  
Reelle Waare. Prompte Bedienung. (früher 27/28). [3749L]

**Achtung!**

Allen Genossen und Genossinnen empfehle das **Genossenschafts-Brot**, sowie Backwaare à 2 Pf. frei Haus von 4 Uhr ab. **S. Grimpe, Musikantstr. 49, Ecke d. Apotheke (Baden).**

**5 1/2 Pfund Albrecht's**  
Brot für **Bäckerei,**  
50 Pfennig  
liefert **Wrangel-Strasse 3**  
Langestr. 26, Falkensteinstr. 28

**Ringdijf** Nähmasch. Famil. fast neu, sehr billig zu verkaufen.  
Oswald, Köpenickerstr. 27, 2 Tr.

**Buchführung.** Sämmtliche einschl. Arbeiten, auch Stunden- und halbe tageweise, übernimmt **Kölln, Saarbrückerstraße 7, 1 Tr.** 14165

**Zähne 1 M. Elisabeth-Ufer 12.**

Jede Stepperei für Schuhmacher wird angefertigt bei **Eikermann, Schützenstr. 65, 1 Tr.** 14206

**Betten,** zwei schöne Stand, sofort, sehr billig zu verk. **Brüherstr. 10, v. part.**

**Sophastoff-Reste**  
in Nips, Damast, Cröpe, Fantast, Gobelin, Plüsch und bunten **Mocquets spottbillig!**  
Proben franko!

**Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.**

Mäsche zu waschen wird gesucht **Fürstenstr. 21, v. 2 Tr. links.** 14156

Wegen Umzug nach außerhalb werden alte und neue Möbel billig verkauft. **Waldenstr. 51.** 14146

**Schöne Wohnungen**  
mit Wasserleitung und Kloset, 1 und 2 Stuben und Küche, 50 bis 70 Thaler, zu verm. 19306\*  
**Rigdorf, Prinz Handjerystr. 50**

**Achtung! Kein Laden.**  
**Kontroll-Schutzmarke.**  
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabak. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg. 3561 L.  
**H. F. Dinslage,**  
Kottbuserstr. 4, Hof part.

**Dr. Hoesch,** homöopath. Arzt, Eimienstr. 149, 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

## Die Arbeits- und Wohnräume in Berliner Bäckereien.

Einer dankenswerthen Aufgabe hat sich die Agitationskommission der Bäcker-Arbeiter Berlins im Verein mit der Arbeiter-Sanitäts-Kommission unterzogen. Die uns vorliegende kleine Broschüre schildert auf grund eingehender Erhebungen die geradezu entsetzlichen Zustände in den Berliner Bäckereien. Sind schon durch die Arbeit Bebel's über die in den Bäckereibetrieben herrschenden Mißstände weitere Kreise unterrichtet worden, so wird diese Schrift gewiß nicht verfehlen, durch die eingehende Beschreibung der sanitären Zustände, gestützt auf gewissenhafte Recherchen und statistische Erhebungen, Entrüstung bei allen anständigen Menschen hervorzurufen.

Der in den Läden unserer Herren Bäckermeister die so lecker und appetitlich aussehenden Baaren sieht, wird es kaum für möglich halten, daß sie in Räumen hergestellt werden, die sich zu allem andern, nur nicht zu Bäckereien eignen. Ja es ist fraglich, ob man nach dem Lesen der Broschüre noch mit dem bisherigen Appetit zu seinem Frühgebäck oder Butterbrot greift.

Wie es mit den Schlafräumen bestellt ist, darüber giebt folgende Schilderung Auskunft:

Während das Berliner Polizeipräsidium in seiner Verordnung über das Schlafstellenwesen als Mindestmaß für jeden Schläfer 10 Kubikmeter Lustraum fordert, während selbst in der Strafanstalt Plötzensee auf jeden Strafgefangenen 28,50—29,00 Kubikmeter Lustraum kommen, war in zwei Häufeln der untersuchten Berliner Bäckereien das vom Polizeipräsidium vorgeschriebene Mindestmaß von Luft pro Schläfer nicht erreicht und bloß im fünfzehnten Theile der Bäckereien stand den schlafenden Bäckergehilfen so viel Luft zur Verfügung, wie den Insassen der Plötzenseer Strafanstalt. Wie fürchterlich die Luftverhältnisse in den Schlafstellen der Bäder sind, ersieht man ferner aus unserer Statistik, welche zeigt, daß ein Sechstel der Bäckergehilfen mit einem Viertel bis zur Hälfte der vom Berliner Polizeipräsidium als Mindestmaß vorgeschriebenen Luftmenge zufrieden sein müssen, ja es giebt Bäckereien in Berlin, wo den Bäckergehilfen Schlafstellen zur Verfügung stehen, die nicht einmal dem zehnten Theil der Größe einer Plötzenseer Zelle entsprechen! Daß in solchen Schlafstellen ein ruhiger, kräftiger Schlaf möglich sein kann, wird niemand glauben. Der Bäcker, der sich von seinem Lager erhebt, muß Mattigkeit und das Bedürfnis, frische Luft zu schöpfen, fühlen, statt dessen müßiger aus der elenden Schlafstätte sofort in den warmen, staubigen und engen Arbeitsraum treten. Bei der Arbeit atmet er Dunst und Staub ein, während des Schlafes muß er die schlechte, von seinen Schlafkameraden ausgeatmete Luft wieder in seine Lungen hineinathmen. Mit der Ventilation ist es sehr schlecht bestellt, künstliche Ventilations-einrichtungen fehlen fast ausnahmslos, ja ein Sechstel der Schlafräume entbehrt selbst jedes Fensters und in zwei Dritteln der Schlafräume, die stets von mehreren benutzt werden, ist bloß ein Fenster vorhanden und nur in einem Häufel der Schlafstellen befinden sich zwei Fenster.

Die Luft, welche durch die Fenster dringt, kann nicht gut sein, denn die meisten Fenster sind Kellersenster und gerade zwei Drittel derselben geht nach dem Hof oder dem Flur, die sich selten durch besondere Sauberkeit auszeichnen.

Mit der Reinlichkeit in den Betrieben steht es nicht besser. Die Werkstätten werden fast gar nicht gereinigt, nur ausgefegt, in einer ist der Fußboden weder mit Zielen noch mit Steinen belegt, sondern der Sand bildet den Fußboden. Spucknäpfe fehlen in mehr als neun Zehntel der Betriebe. Das Waschen scheint man für überflüssig zu halten, denn in mehr als zwei Dritteln der Werkstätten ist keine Wascheinrichtung vorhanden. In vielen fehlt der Abzug unter der Wasserleitung. Mit Handtüchern wird möglichst sparsamkeit geübt. Die Schlafräume werden zu Arbeitsstätten benutzt, dicht daneben ist die Viehstallung, Ungeziefer, Schwaben gehören zu selten vermischten Hausthierchen. Es ginge zu weit, wollten wir alles aufzählen, wir verweisen vielmehr unsere Leser selbst auf die kleine Schrift, die zum Preise von 10 Pf. im „Vorwärts“ zu haben ist. Daß aber mit all diesen, auch den einfachsten sanitären Ansprüchen höhnsprechenden Zuständen, für den Arbeiter sowohl, als auch für den Konsumenten ernste Gefahren für die Gesundheit verknüpft sind, wird jeder empfinden.

Wir können deshalb auch den Bestrebungen der Arbeiter, diesen Uebelständen in ihren Betrieben durch Einführung der Kontrollmarke zu begegnen, nur unsere warmste Sympathie entgegenbringen. Mögen die Arbeiter das Ihrige dazu beitragen, die Sache zu unterstützen. Der Kampf wird kein leichter sein, aber das Interesse unseres eigenen Wohls und das unseres Mitmenschen gebietet uns, all' unsere Kräfte einzusetzen.

Die Sache hat aber infolgedessen noch etwas Lehrreiches, als eine große Zahl der Herren Bäckermeister Innungsmitglieder sind, von diesen Herren werden ganz entschieden die Forderungen, die die Agitationskommission der Bäcker stellt, zurückgewiesen. Da haben die Innungsbehörden ganz offen Farbe bekennen müssen, und wie von dieser Gesellschaft nicht anders zu erwarten, den Unternehmernproben heraufgeholt, und die von den Arbeitern erhobenen noch so geringen und gerechten Forderungen pure zurückgewiesen.

Aber auch die Behörde hat die Pflicht, nun endlich diesen unaufrichtigen Patronen ihr Handwerk zu legen und dafür zu sorgen, daß nicht der Ort der Vereitung von Nahrungsmitteln der Herd einer Uebertragung von Krankheiten oder Fortpflanzungsherde für Epidemien wird, was in anbeacht der Geschickerten sehr leicht möglich ist.

## Gerichts-Beitrag.

**Pressegeschliches.** Das Schöffengericht in Greiz verhandelte am Montag als Berufungsinstanz in einer Preßangelegenheit, die zwischen dem Vertheidiger und dem Gericht zu einer längeren Auseinandersetzung über die Auslegung des § 9 des Pressegesetzes führte. Der Sachverhalt ist folgender. Der Expedient der „Reichsische Volkszeitung“ hier selbst hatte es versehen, ein Pflichtexemplar an die Greizer Polizeibehörde abzugeben, infolge dessen der damalige Verleger, Herr Julius Seifert in Jwidaun, eine polizeiliche Strafverfügung von 10 M. erhielt. Seifert legte Berufung ein und das kaiserliche Amtsgericht verfügte heute, daß es bei den 10 M. Strafe zu verbleiben habe, weil Greiz als Ausgabeort der „Reichsische Volkszeitung“ anzusehen sei und demzufolge ein Pflichtexemplar an die Greizer Polizeibehörde abgegeben werden müsse. Dies ginge auch daraus hervor, weil die „R. V.“ nicht nur in Greiz, sondern auch in den umliegenden Ortschaften verbreitet werde. Auch der Inhalt des fraglichen Blattes wurde mit in Betracht gezogen, um den Nachweis zu führen, daß Greiz als Ausgabeort zu betrachten sei. Die Vertheidigung verfuhr nachzuweisen, daß nicht Greiz, sondern Jwidaun der Ausgabeort der „R. V.“ zur fraglichen Zeit gewesen sei, dem-

zufolge habe der damalige Verleger Seifert in Jwidaun ein Pflichtexemplar an die dortige Polizeibehörde ausgeliefert, auch könne nicht jeder Ort, wo Zeitungen verbreitet werden, als Ausgabeort betrachtet werden, sonst müßte jede Buchhandlung, welche Zeitungen an verschiedene Orte expedirt, ohne Rücksicht darauf, ob dies die „Reichsische Volkszeitung“, das „Bayerische Vaterland“ oder der „Vorwärts“ sei, ein Pflichtexemplar an die Polizeibehörde abgeben, in diesem Sinne würde z. B. Zeulenroda auch als Ausgabeort betrachtet werden müssen. Trotz alledem wurde, wie schon angeführt, die Strafverfügung von 10 M. bestätigt. — Natürlich wird die Angelegenheit noch weitere Instanzen beschäftigen, da es sich hier um eine prinzipielle Auffassung handelt. Unseres Erachtens, so bemerkt die „Reichs. Volksztg.“, spricht § 9 des Pressegesetzes klipp und klar aus, daß der Verleger, sobald die Verfertigung oder Austheilung beginnt, ein Exemplar an die Polizeibehörde des Ausgabeortes abzuliefern habe. Die Verfertigung erfolgte aber vom Druckere Jwidaun aus nach Greiz zunächst mit der Post bezw. der Bahn. Die freigelegte Austheilung in den verschiedenen Ortschaften spielt hier gar keine Rolle. Es fehlt auch nicht an Analogien hierüber. Um nur an eines zu erinnern, erklärten unterm Sozialistengesetz Richter die Verbreitung (Verfertigung) von verboten Zeitungen bereits in der Ausgabe der Zeitungen auf der Post und die Empfänger wurden verhaftet. Daß im vorliegenden Falle der Ausgabeort Jwidaun und nicht Greiz war, kann unseres Erachtens keinem Zweifel unterliegen. Auch hat die Jwidauner Polizeibehörde stets ein Pflichtexemplar verlangt und erhalten. Die Auffassung des Greizer Schöffengerichts konstituirte zwei Pflichtexemplare, welche bei zwei zuständigen Polizeibehörden abzuliefern sind, eine Deutungswiese, welche der klare Wortlaut des § 9 des Pressegesetzes völlig ausschließt.

**Gewerbegericht.** Kammer I. Fräulein Philipp, welche in der Wäschefabrik von Buchholz u. Co. thätig war, wurde eines Mogens entlassen, weil sie nicht 10 Pfennig Strafe für Zuspätkommen bezahlte. Sie wandte sich an das Gewerbegericht, beantragend, die Firma zur Zahlung einer Entschädigung und zur Ausstellung eines ordnungsmäßigen Zeugnisses zu verurtheilen; sie bekomme ohne dasselbe keine Arbeit. Die beiden Buchhalter der Beklagten behaupten, die Klägerin hätte gar kein Zeugnis verlangt. Durch Zeugenaussage wurde festgestellt, daß in dem Streit, welchen die Klägerin mit der Direktrice wegen des beabsichtigten Strafzuges hatte, von ihrer Seite die Anerkennung fiel: „Herr Buchholz will wohl die Groschen selber in die Tasche stecken?“ Herr Buchholz machte im Verlauf der Verhandlung dem Gerichtshof die interessante Mittheilung, von einer Reihe von Geschäften seiner Branche sei vereinbart worden, Personen, in deren Zeugnis der Vermerk „ordnungsmäßig“ fehlte, nicht einzustellen. Die Beistitzer vertheidigten ihre Entrüstung über diese Abmachung nicht. Das Gericht verurtheilte den Beklagten, der klagenden Arbeiterin ein Zeugnis auszustellen, wie es die Gewerbeordnung vorschreibt, d. h. eine Bescheinigung über Art, Aufnahme und Beendigung der Arbeit. Das Wort „ordnungsmäßig“ in das Zeugnis zu setzen, dazu konnte das Gericht den Beklagten nicht verurtheilen. Mit der Forderung einer Lohnentschädigung wurde die Klägerin abgewiesen.

**Sitzung vom 10. August.** Kammer VII. Der Portier J. klagt gegen seine ehemaligen Arbeitgeber auf Zahlung eines Monatsgehältes, da er, der vierwöchentliche Kündigung hatte, ohne Innehaltung derselben entlassen sei. Von den Einwendungen des Vertreters des Beklagten erließen dem Gericht ausschließlich die von Bedeutung, daß sich der Kläger geweigert habe, an einem bestimmten Tage den Fahrstuhl zu bedienen. Die Bedienung des Fahrstuhls während der Abwesenheit des Fahrstuhlwärters sei seine Pflicht gewesen; fünf Vierteljahre habe er ausbühlerweise auch den Fahrstuhl bedient. Der Kläger behauptete, dies ohne Verpflichtung gethan zu haben. Auf seinen eigenen Wunsch, wenn auch auf Kosten der Beklagten Gesellschaft, wäre er, nach vorausgegangener Belehrung über die Behandlung von Fahrstühlen, gerufen worden. Kläger schwört: „Es ist nicht wahr, daß der Vertreter der Beklagten mir bei meinem Engagement als Portier ausdrücklich erklärt hat, daß ich als solcher verpflichtet sei, die Mitbedienung des Fahrstuhls zu übernehmen.“ Durch diesen Schwur erwiesenermaßen nahm das Gericht an, daß eine Verabredung betreffs des Fahrstuhls nicht getroffen sei. Des Klägers einmalige Weigerung, ihn zu bedienen, sei deshalb kein Grund zur sofortigen Entlassung. Die Beklagte hätte darum die verlangten 90 M. an den Kläger zu zahlen.

**Kammer III.** Der Stater Wising klagt gegen den Stater Hüge; er verlangt 240 M. rückständigen Lohn. H. hatte das Geld unter der Motivierung behalten, daß er noch 3 M. von H. bekomme. Das Gericht verurtheilte den Beklagten zur Herausgabe der 240 M. Der Lohn müsse nach der Gewerbeordnung bar ausgezahlt werden. Forderungen, die nicht aus dem Arbeitsverhältnisse direkt oder indirekt erwachsen, dürfen nicht aus dem Arbeitsverdienste des Schuldners von vornherein einseitig befristet werden.

Zwei Vergolder waren vom Inhaber Meier der bekannten Goldleisten-Fabrik von Meibow u. Co. an der Fertigstellung eines noch nicht lange begonnenen Affords verhindert worden und klagten deshalb auf Zahlung von je 15 M. Entschädigung. Herr Meier sagte aus, die Kläger hätten mehrere Arbeiten ungenügend ausgeführt, so daß sie nachgearbeitet werden mußten. Als sie den fraglichen Afford angefangen hatten, sei gerade wieder eine ihrer Arbeiten als reparaturbedürftig zurückgekommen und um sich vor weiteren Schäden zu schützen, habe er ihnen sofort den neuen Afford entzogen. Der Gerichtsvorsitzende stellt aus der vorliegenden Fabrikordnung fest, daß bei Meibow und Komp. jeder Arbeiter nach jeder Fertigstellung eines Affords entlassen werden kann. Das Urtheil lautete auf Zahlung des Klage-Anspruchs. Es hätte, so wurde ausgeführt, so ausfallen müssen mit Rücksicht auf die erwähnte Bestimmung und mit Rücksicht darauf, daß die Entlassung nicht wegen der Mängel des neuen, sondern wegen der des alten Affords erfolgte.

**Sitzung vom 11. August.** Kammer VI. Der Bäcker Zahn verlangt von seinem früheren Meister 8 M. rückständigen Lohn und Lohnentschädigung für 14 Tage, weil er ohne Kündigung entlassen wurde. Der Beklagte, Bäckermeister Torner, entgegnete, der Kläger habe sich zweimal seiner Anordnung, den Holzstall zu reinigen, widersetzt und sei darauf, seiner Meinung nach, berechtigterweise entlassen worden. Die 8 M. seien von ihm, Torner, einbehalten worden, um sich für vom Kläger ruinirte Waaren schadlos zu halten. Derselbe habe einige Duzend Torteleits und außerdem Sträußel durch Herunterwerfen unbrauchbar gemacht und ihn dadurch um 270 M. geschädigt; die mitangerechneten übrigen 30 Pf. sei der Kläger ihm an Krankentafelbeiträgen schuldig. Vertrag, ob denn ein Bäcker auch zum Holzstallreinigen da sei, antworteten der Beklagte und ein als sein Zeuge anwesender Bäcker, es sei üblich, daß der jüngste Gehilfe diese Arbeit und ähnliche Hausdienarbeiten verrichte, wenn kein Hausdiener im Geschäft sei. Der Meister verweigerte sich dabei zu dem Ausspruch: „Na, zu was anders als wie zum Hausdiener ist doch ein von außerhalb kommender Geselle nicht zu gebrauchen!“ Nach Vernehmung mehrerer Zeugen nahm das Gericht an, daß der Kläger sich beharrlich geweigert, einen bestimmten Auftrag des Arbeitgebers

auszuführen und wies ihn mit seiner Lohnentschädigungs-Forderung ab. Die 270 M. rückständiger Lohn wurden ihm aber zuerkannt mit der Begründung, daß der Beklagte nicht berechtigt gewesen, wegen eines erwiesenermaßen aus Versehen verursachten geringen Schadens den Lohnabzug zu machen.

**Der russische Hochkapler Sawin,** der durch seine Schwindelien und einen kühnen Fluchtversuch auch in Deutschland und besonders in Berlin noch wohl bekannt sein dürfte, wurde, wie der Petersburger Korrespondent des „V. Z.“ meldet, am 1. August vor dem Bezirksgericht zu Nischn abgeurtheilt. Eine Menschenmenge, wie sie der Gerichtssaal dort noch nie sah, füllte den Raum. Unter militärischer Bedeckung betrat der des Betruges und der Flucht aus Sibirien beschuldigte Angeklagte, höchst elegant und nach der letzten Mode gekleidet, den Saal. Die Anklage bot kaum irgend welches Interesse, wenn der Held des Prozesses nicht eben Sawin wäre, der, nachdem er durch Gaunereien europäischen Ruf erlangt, durch ein Urtheil des Gerichts in einen entlegenen Winkel des Gouvernements Tomsk verbannt wurde, wo er durch Ackerbau mühsam seinen Unterhalt verdienen mußte. Mit letzterem Umstand konnte sich der an mähelosen Erwerb gewöhnte Abenteuerer nicht versöhnen und that Schritte, um die Erlaubniß zur Ueberfiedelung nach der Stadt Tomsk zu erlangen. Als dieser Versuch fehlschlug, beauftragte er seinen Bevollmächtigten, seine Immobilien in Moskau zu verkaufen und verschiedene Wechsel einzulassen. Daraus machte er sich selbst nach der Krenistadt auf. Unterwegs machte er im Eisenbahnkupon die Bekanntschaft des Kaufmanns Schemajew, dem er sich als Kaufmann Mousow vorstellte und erzählte, er reise nach Nischn, um dort Geld zu empfangen, mit dem er im Auslande Pferde kaufen wolle. Der vertrauensselige Schemajew forderte ihn auf, ihn nach Koslow zu begleiten, wo man auf dem Jahrmarkt gut Pferde kaufen könne; das Geldes wegen brauche er sich nicht zu beunruhigen, das könne er vorschreiben, bis Sawin sein Geld in Nischn erhalten habe. Sawin folgte der Aufforderung, ließ von seinem neuen Bekannten 920 Rubel und kaufte Pferde, die er dem Pferdehändler Sermatow zeitweilig anvertraute. Sodann kaufte er von Schemajew 10 000 Pfd. Hafer und reiste nach Nischn. Bald darauf erfolgte seine Verhaftung. Bei der Gerichtsverhandlung suchte Sawin zu beweisen, daß er Schemajew gar nicht betrogen, sondern bloß von dessen vortheilhaftem Anerbieten Gebrauch gemacht habe. Es sei ihm gar nicht in den Sinn gekommen, die Schuld nicht zu bezahlen. Ebenso sei er nicht aus Sibirien entflohen, sondern hätte es bloß zeitweilig verlassen, um seine Geldangelegenheiten zu ordnen, sodann mit Geldmitteln zurückzukehren und Getreidehandel zu treiben, weil Ackerbau seine physischen Kräfte übersteige. Das Gericht verurtheilte ihn für die Flucht aus der Verbannung zu einer dreimonatigen Gefängnißstrafe und zur abermaligen Deportation, sprach ihn aber von der Anklage des Betruges frei.

**Reichsgericht's Entscheidung.** Wegen Betruges und einfachen Bankrotts ist der Chemiker Dr. Franz Heltmann in Hagen vom dortigen Landgericht am 7. Juni zu 6 Monaten und 14 Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Er betrieb ein Geschäft zur Gewinnung von Kupfervitriol und nahm nach mehrfachen Finanzoperationen einen Sojus in der Person des Herrn K. an, welcher sich mit 80 000 M. beteiligte, aber bald wieder auswich. Ein Theil seiner Einlage blieb noch in dem Geschäft, so daß Dr. Heltmann also seinem bisherigen Sojus verschuldet war. Nunmehr suchte er schleunigst einen anderen Theilhaber zu gewinnen und zwar bot sich ein solcher in der Person des Herrn F. an. Diesem schilderte Heltmann die Verhältnisse in einem recht günstigen Lichte und gab an, er selbst habe 30—40 000 M. in dem Geschäft stecken. Der Umsatz habe zwar im letzten Jahre nur etwa 180 000 M. betragen, aber es hätten doch immerhin 10 000 M. abgeschrieben werden können. Augenblicklich sei Kupfervitriol gerade etwas flau, aber der Artikel werde sich bald wieder heben, und dann könne das Geschäft jeder Konkurrenz die Spitze bieten. Auch in anderer Weise suchte er den angehenden Theilhaber sicher zu machen. Er meinte, 60 000 M. Einlage würden genügen, er empfehle ihm aber selbst, zunächst erst 30 000 M. einzulegen und sich von der Rentabilität erst zu überzeugen. Nach der Bilanz, welche er Herrn F. vorlegte, hatte er selbst 88 000 M. Vermögen im Geschäft. Dies war aber in Wirklichkeit nicht der Fall, denn die nicht unbedeutende Schuld an seinen früheren Sojus war nicht als solche kenntlich gemacht, sondern zum Aktivvermögen gerechnet worden. Durch diese falsche Vorspiegelung wurde F. veranlaßt, 30 000 M. einzuschließen, was er nicht gethan haben würde, wenn er gewußt hätte, daß Heltmann nicht selbst 88 000 Mark Vermögen im Geschäft hatte, sondern 21 000 Mark Schulden. Bald darauf brach der Konkurs aus und nicht nur Heltmann, sondern auch seine beiden Theilhaber verloren ihr Geld. Die Konkursmasse ergab nur 7 pCt. zur Verteilung an die nicht bevorrechtigten Gläubiger. Außer des Betruges, der in der Manipulation gegenüber Herrn F. gefunden wurde, hatte sich Heltmann des einfachen Bankrotts schuldig gemacht, indem er seine Bücher nicht ordnungsmäßig geführt und die Bilanz nicht rechtzeitig gezogen hatte. — Die Revision des Angeklagten enthielt u. a. die Rüge, daß ein Sachverständiger, der erklärt hatte, er sei gar nicht in dieser Sache Sachverständiger, auch mit dem Zeugnise hätte belegt werden müssen, weil diese Aussage nicht durch den Sachverständigen gedeckt werde. Das Reichsgericht war jedoch mit der Reichsanwaltschaft der Meinung, daß auch die Negation des Gutachtens vom Sachverständigen gedeckt werde und erkannte in der heutigen Sitzung auf Verwerfung des Rechtsmittels.

## Soziale Uebersicht.

**Ueber die Ruhbarmachung der Wasserkräfte in Ostdeutschland** weiß die „Schles. Ztg.“ folgendes mitzutheilen: Da in der ungenügenden Entwicklung der Industrie in den östlichen Provinzen ein wesentlicher Grund ihres geringeren Wohlstandes zu finden ist und hier wegen Mangel an geeignetem Deigmateriale als Triebkraft für die Industrie hauptsächlich Wasserkräfte in Frage kommen, hat der Minister für Handel und Gewerbe den Professor Inge von der technischen Hochschule zuachen beauftragt, eine Prüfung der Wasserhältnisse zunächst in den Gebieten östlich der Weichsel vorzunehmen. Dieser Aufgabe hat sich Professor Inge unterzogen und über die Ergebnisse seiner Reise Bericht erstattet. In dem Berichte ist ein übersichtliches Bild von den Wasser-Verhältnissen des bezeichneten Gebietes und sind auch möglichst zutreffende Zahlen über die Größe der vorhandenen Wasserkraft sowie über die Kosten der zu ihrer Ruhbarmachung dienenden Anlagen gegeben. Nach den Ermittlungen des Berichterstatters würden sich allein in den größeren Fluß- und Seengebieten Ostpreußens, wo gegenwärtig bei mittlerem Wasser etwa 5800 Pferdekraften dienstbar gemacht sind, bei Verbesserung des Ab-

